

Die ersten Jahre Bemerkungen zur frühen Geschichte der Leibniz-Sozietät

Inhalt

I. Von der Gelehrtensozietät zur Leibniz-Sozietät

- Ausgangslage 1: Nach dem Beitritt S. 2
- Ausgangslage 2: Das Plenum von Januar bis Juni 1992 S.4
- Die Gründungsvorbereitung und die Gründung Der Spittelclub S.5
- Die Initiativgruppe S.6
- Die Gründung S.10
- Die Gründer: Die personelle Ausgangssituation
 - Die ersten Neunundvierzig S.12
 - Weiterer Zustrom S.13
 - Risiken und Probleme S.14

II. Aus der Amtszeit von Präsident Rapoport. Längsschnitte

- Plenum und Klassen: Vortragstätigkeit und Vortragende S.15
- Die Mitglieder S.17
- Die Leibniz-Sozietät als Organisationsgebilde. S.19
 - Der Vorstand und seine personelle Struktur S.21
 - Die Publikationstätigkeit S.23
 - Die Umfeld-Bedingungen S.26
 - Der Stiftungsgedanke S.27
 - Die vagabundierende Sozietät S.28
- Die Leibniz-Sozietät am Scheideweg S.30
- Literaturangaben S.32

Zur Einführung

Das erste SPECIAL von LEIBNIZ INTERN ist Teil einer unveröffentlichten Studie über Vorgeschichte und Entstehung der Leibniz-Sozietät und über die ersten Jahre ihres Daseins. Der in diesem Heft angebotene Text ist vorzugsweise als Information für neue Mitglieder der Sozietät gedacht, aber auch für Außenstehende, die sich ein Bild von der Herkunft der Sozietät und von ihren Anfängen machen wollen. Vielleicht ist er auch hilfreich für die Auffrischung der Erinnerung jener, die die damaligen Ereignisse erlebt und gestaltet haben.

Die Arbeit versteht sich als Beitrag zum 2012 bevorstehenden 100. Geburtstag des ersten Präsidenten der Leibniz-Sozietät, Samuel Mitja Rapoport, den die Sozietät mit einem festlichen Kolloquium ehren wird. Besonderes Anliegen ist es gleichermaßen, die Personen der ersten Stunde zu nennen und zu würdigen, jene, die den mühevollen Anfang der Sozietät und die Amtszeit von Präsident Rapoport gestalteten. Der Text geht zunächst auf die Phase der direkten Entstehung der Leibniz-Sozietät aus der Gelehrtensozietät ein und behandelt danach ihre ersten Jahre in der Amtszeit von Rapoport. Er greift nur kurzfristig auf vorherige Ereignisse zurück, wenn dies für das Verständnis der Prozesse erforderlich war. Das betrifft in erster Linie die Entwicklung des Plenums seit Jahresbeginn 1992, in der letzten Phase des Untergangs der Gelehrtensozietät. Die Beschreibung der Gelehrtengesellschaft in der Zeit von Herbst 1989 bis zum Beitritt der

DDR zur Bundesrepublik und der Abschnitt vom Beitritt bis zum Sommer 1992 sind bisher nicht veröffentlicht.

Der Stand der Forschung und der bedauernde Zustand der Quellen ab Mitte 1992 bringt es mit sich, dass zunächst nur eine sehr schlichte, unvollkommene Darstellung dieser ersten Jahre angeboten werden kann, die weitgehend von strukturellen Betrachtungen zu Einzelgliedern und von Längsschnitt-Aussagen geprägt ist. Ein großartiges historisches Gemälde wird nach jetziger Quellenlage wohl kaum noch zu erwarten sein, zumal auch das Gedächtnis der auskunftsfähigen Zeitzeugen, das dazu unerlässlich wäre, zusehends schwindet. So findet unser Text seinen Sinn darin, an ein im Vergessen begriffenes Thema zu erinnern und zumindest Fakten und Ereignisse festzuhalten, die sonst im archivalischen Dunkel versunken wären, wenn sie nicht überhaupt schon verloren sind. Immerhin werden hier einige Fakten zur Entwicklung der Sozietät geliefert, die möglicherweise als Material für kommende Festsitzungen und bevorstehende Jubiläen nützlich sind.

Die gesamte Studie wird zu gegebener Zeit in dem Publikationsorgan der Sozietät Leibniz Online veröffentlicht. Der Verfasser bedankt sich für zahlreiche Hinweise, die er von Mitgliedern der Sozietät und anderen Persönlichkeiten erhielt. Nicht auszuschließen ist, dass die Subjektivität des Verfassers als Zeitzeuge in eigener Sache in manchen Passagen durchgeschlagen ist. Dafür bittet er um Verständnis.
Herbert Wöltge

I. Von der Gelehrtensozietät zur Leibniz-Sozietät

Eine Studie zur Geschichte der Leibniz-Sozietät muss zwangsläufig rückblickend auch an das Schicksal ihrer Vorgängerorganisation, der *Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften* der DDR erinnern, jener Gelehrtensozietät, die 1989/90 in den Strudel der gesellschaftlichen Umwälzungen dieser wenigen Monate gerissen wurde und die es unternahm, sich in diesem Strudel zu behaupten, um eine Jahrhunderte alte Tradition

der wissenschaftlichen Kommunikation zu bewahren und fortzuführen. Diese Gelehrtensozietät trat als *Gelehrtensozietät* am 3. Oktober 1990 in das wiedervereinigte Deutschland. Sie existierte vom Wirksamwerden des Einigungsvertrages bis zum Sommer 1992, als ein Teil der Mitgliedschaft begann, sich als privatrechtliche Wissenschaftlervereinigung zu organisieren und 1993 als Verein den Namen *Leibniz-Sozietät* annahm.

Ausgangslage 1: Nach dem Beitritt

Die raschen Namenswechsel markieren die abrupten Brüche, denen die Gemeinschaft der Akademiemitglieder in weniger als drei Jahren infolge ihrer durch die politischen und gesellschaftlichen Umstände veränderten existenziellen Situation unterworfen war.

Der wohl tiefste Einschnitt war mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 verbunden. Wie in Artikel 38 des Einigungsvertrages vorgesehen, war die Akademie von ihren Instituten und Einrichtungen getrennt. Damit hörte nicht nur der Verbund von Gemeinschaft der Akademiemitglieder und Instituten auf zu existieren, sondern auch die zwischenzeitlich entstandene Forschungsgemeinschaft der Institute. Die Institute – Forschungs- wie Dienstleistungseinrichtungen – waren de jure in die Hoheit der – noch nicht gebildeten – neuen Länder übergegangen, mitsamt Personal, Liegenschaften, Arbeitsmitteln und Rechten an den Arbeitsergebnissen. Als nun mehr isoliert voneinander existierende Einrichtungen standen ihnen Evaluierung und Abwicklung, Schließung oder Umwandlung bevor. Notdürftig gedeckt durch ein Überlebensmoratorium, war ihnen für ein Jahr eine soziale Absicherung gewährt. Zum Schicksal der Institute gibt es eine Reihe von Darstellungen, wenngleich keine zusammenfassende Arbeit; dieses Thema wird hier nicht weiter verfolgt.

Akademiepräsident Horst Klinkmann stand über Nacht nicht mehr einer Gesamtakademie vor, für die er wenige Monate zuvor von den Akademiemitgliedern und den Vertretern der 24.000 Mitarbeiter gewählt worden war. Mit dem Beitritt waren auch die Resultate der mit Mühen zum Abschluss gebrachten inneren Demokratisierung der Akademie im Augenblick ihrer beginnenden Wirksamkeit erloschen. Senat, Konsilium, Vorstand der Forschungsgemeinschaft, Rat der Institutsvertreter und Wissenschaftliche Räte der Institute, die im Frühjahr 1990 geschaffenen Organe einer demokratischen Selbstverwaltung der Aka-

demie, existierten nicht mehr. Die Ergebnisse und Erfahrungen der Reformbewegung der Akademie waren verloren, die basisdemokratischen Ansätze gescheitert.

In welchem Status sich die im Einigungsvertrag nunmehr „Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik als Gelehrtensozietät“ genannte Gemeinschaft der Gelehrten befand, blieb unter Juristen umstritten. Zwar hatte der Einigungsvertrag für die Institute der Akademie eindeutige, explizit formulierte Regelungen für deren weiteres Schicksal getroffen, für die Gelehrtensozietät dagegen nicht. Einerseits waren der Beschluss des Ministerrates der DDR und die Verordnung über die AdW in der Anlage II des Einigungsvertrages (Kapitel XV, Abschnitt II, Nr. 1) ausdrücklich aufgehoben; damit war die Gelehrtensozietät keine Körperschaft des öffentlichen Rechts mehr und hatte somit keine Rechtsgrundlage für sich als Institution, was nahelegte, sie als aufgelöst, als nicht mehr vorhanden zu betrachten. Andererseits glaubten andere Interpreten, in dem Text von Art.38(2) des Vertrages („Die Entscheidung, wie die Gelehrtensozietät ...fortgeführt werden soll, wird landesrechtlich getroffen.“) ein Gebot zu ihrer Fortführung zu sehen, das vom Land Berlin zu verwirklichen sei und das der Rechtsetzung in Anlage II übergeordnet sei. Welche der Positionen sich durchsetzen würde, hing vom politischen Willen und dem entsprechenden politischen Kräfteverhältnis in der Stadt ab.

Zum damaligen Zeitpunkt schien es der Gelehrtensozietät jedenfalls nicht abwegig, gewisse Hoffnungen auf den Erhalt ihrer Existenz zu hegen. Mit dem Fortführungsgebot glaubte sie sich als Institution und in ihrem Mitgliederbestand aus dem allgemeinen Auflösungsdesaster ausgeklammert und eine starke rechtliche Ausgangsposition für ihr weiteres Vorgehen zu haben. Außer den Fortführungspassus aus 38EV(2) und das Votum der Akademiemitglie-

der vom Mai 1990 führte Präsident Horst Klinkmann dafür den Auftrag an, den ihm der letzte Ministerpräsident der DDR-Regierung, de Maizière, kurz vor Toresschluss als Geschäftsführender Präsident erteilt hatte. „Ihre Beauftragung“, so hieß in dem Schreiben vom 28.09.90, umfasst „die Aufgaben und den Zeitraum, die erforderlich sind, um die Akademie der Wissenschaften in Übereinstimmung mit Artikel 38(2) des Einigungsvertrages auf eine landesrechtliche Grundlage zu überführen.“ (Jahrbuch 1994: 399)

Präsident und Vizepräsident Herbert Hörz, der im April 1990 noch vom Plenum gewählt worden war und der zum Arbeitsstab des Präsidenten gehörte, sahen es nun vor allem als ihre Aufgabe an, im Inneren die seit Herbst 1989 begonnenen Reformen weiterzuführen und nach außen die Modalitäten der landesrechtlichen Regelung mit dem Land Berlin zu verhandeln. Im Hinblick auf die Weiterführung der Akademiereform hatte der akademische Senat noch auf einer seiner letzten Sitzungen, am 14. 09.90, bereits eine minimale strukturelle Grundvorstellung für eine weiterbestehende Gelehrtenengesellschaft beschlossen, an die angeknüpft werden konnte. (Jahrbuch 1994: 393)

Auf den Fortgang der inneren Reform wird hier nicht weiter eingegangen, sie bestand im Rahmen dieser vorgegebenen Struktur hauptsächlich in den Versuchen, die Mitgliedschaft zu reformieren, und in der weiteren Arbeit an einem neuen, zeitgemäßen Statut. Wichtig war, die Mitwirkung der Mitglieder an der weiteren Reform zu sichern. Auf Empfehlung der Klassen berief der Präsident noch im Oktober 1990 eine Arbeitsgruppe, der 26 Akademiemitglieder angehörten (Jahrbuch 1994: 416). Sie sollte sich „mit den dringenden Fragen der Neugestaltung unserer Akademie befassen“ (Jahrbuch 1994: 402). Das von der Gruppe dem Plenum als Entwurf vorgelegte Statut wurde auf der Geschäftssitzung am 29.11.90 bestätigt und diente als Orientierung für die weiteren Verhandlungen mit dem Land Berlin. Aus der Arbeitsgruppe ging ein Jahr später auf Beschluss des Plenums vom Dezember 1991 ein von den Klassen personell besetztes Geschäftsführendes Präsidium hervor, das bis September 1992 bestand.

Die nunmehr für die Gelehrtensozietät zuständige Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, behandelte die Gelehrtensozietät zunächst als ein ihr überkommenes, noch real existierendes DDR-Rudiment, über dessen Zukunft landesrechtlich, wie in Art.38 festgelegt, noch zu befinden war. Das Verhalten der Verwaltung deutete darauf hin, dass sie zunächst die Fortführungsvariante nicht ausschloss, diese aber mit zeitgemäßen politischen Vorgaben verband, denen die Gelehrtensozietät nachzukommen hatte. So führte sie Gespräche und Verhandlungen mit dem Präsidenten und gestand ihm für seine Aufgaben nach der pünktlich zum 3. Oktober erfolgten Auflösung der zentralen Verwaltung der Akademie

noch eine knapp besetzte Geschäftsstelle mit stark eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten zu.¹

Die politischen Kräfte in den beiden Parlamenten der Stadt – erst im Dezember 1990 entstand ein gemeinsames Abgeordnetenhaus – dachten radikaler als die Verwaltung und waren bestrebt, die Gelehrtensozietät als eine aus der DDR überkommene Institution wie alle anderen zu beseitigen und eine landesrechtliche Regelung zu finden, die ihren politischen Vorstellungen entsprach. Kernpunkt der Vorstellungen war, die vorhandene, als politische Altlast angesehene Mitgliedschaft auszuschalten, aber die Arbeitsstellen, Langzeitunternehmen, Sammlungen, Stiftungen, Bibliothek und Archiv, das Vermögen, die Immobilien und auch die Geschichte und Tradition der Preußischen Akademie als Vorgängerakademie zu erhalten und in die Verfügungsgewalt des Landes zu bringen.

Die Parlamente verabschiedeten im Oktober 1990 entsprechende Beschlüsse, in denen es hieß: „Die Landesregierung wird beauftragt, die Gelehrtenengesellschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR im personellen Bestand der ordentlichen und korrespondierenden Mitglieder aufzulösen, gleichwohl aber diese traditionsreiche Körperschaft aus dem Jahre 1701 (richtig: 1700) für eine Neuformierung zu bewahren.“ (Jahrbuch 1994: 417, 423)²

Das war, wie schon an anderer Stelle ausgeführt³, eine politisch zwar gewollte, aber in der Durchführung schwierige Aufgabe. Die Parlamente gingen – wie die Senatsverwaltung - von einer noch existierenden Gelehrtenengesellschaft aus, aus der die Mitgliedschaft entfernt werden sollte. Doch der „personelle Bestand“ war nur auflösbar, wenn man die Institution formell auflöste, die man gerade erhalten wollte. Solange die Institution bestand, konnte nach geltendem Recht kein Mitglied durch amtliche Eingriffe von außen aus der Mitgliedschaft entlassen werden. Für die Aufhebung der Mitgliedschaft – etwa von Mitgliedern, die als politische Altlasten angesehen wurden - gab es nur zwei Wege: Austritt bzw. Ausschluss des Mitglieds oder Selbstauflösung der Gemeinschaft. Beides lag nicht vor.⁴

Einen Ausweg aus dieser Lage sah die Senatsverwaltung schließlich in dem Gedanken, in Berlin eine Akademie neu zu konstituieren. Ihre Mitgliedschaft sollte, nach Entfernung von personellen Altlasten, aus dem Mitgliederkorpus der Gelehrtensozietät und der kurz zuvor per Landesgesetz aufgelösten Westberliner Akademie neu zusam-

1 Dieser „Arbeitsstab Klinkmann“, der nicht abgewickelt wurde, hielt sich bis in den Sommer 1992 hinein und wurde das logistische Zentrum und der organisatorische und Existenzmittelpunkt der Gelehrtensozietät.

2 Gleichlautende Beschlusstexte in Abgeordnetenhaus und Stadtverordnetenversammlung; die Korrektur des Gründungsjahres wurde von der Redaktion des Jahrbuches vorgenommen

3 S. Klinkmann/Wöltge 1999: 25-29, 179ff.; s.a. Wöltge 1995: 149ff.

4 S. dazu: Ernst-Joachim Meusel, Außeruniversitäre Forschung im Wissenschaftsrecht, München 1992, S. 298f.

mengesetzt werden. Das Konzept für diese neue Akademie sollte von einer Expertengruppe unter Teilnahme der Gelehrtensozietät ausgearbeitet werden. Dieses Planungsgruppe genannte Gremium nahm seine Tätigkeit Anfang 1991 auf. In dem aus elf Mitgliedern bestehenden Gremium arbeiteten außer Klinkmann mit Bierwisch, Parthier und Spur auch Akademiemitglieder, die allerdings nicht von der Gelehrtensozietät nominiert waren und die die von Klinkmann verfolgte Richtung nicht unterstützten. Was den Präsidenten bewog, in dieser Gruppe mitzuarbeiten, war vor allem die Hoffnung, an der Formierung der neuen Akademie maßgeblich mitzuarbeiten und auf diese

Weise durch verschiedene Kompromisse auch eine möglichst vollständige Übernahme der Mitglieder in die neue Akademie zu erreichen. Die Gruppe legte im August 1991 ihren mit den Wissenschaftsorganisationen der Allianz abgestimmten Entwurf vor. Da die neu zu konstituierende Akademie eine Akademie der Länder Berlin und Brandenburg werden sollte, bedurfte sie zu ihrer Konstituierung eines Staatsvertrages zwischen den Ländern. Die Ausarbeitung und parlamentarische Behandlung des Vertrages zog sich bis in das Jahr 1992 hinein, erst am 22. Mai 1992 kam es zur Unterzeichnung. Das soll hier nicht weiter verfolgt werden.

Ausgangslage 2: Das Plenum von Januar bis Juni 1992

Während Präsident, Vizepräsident und Geschäftsstelle die langwierigen und zermürenden politischen und Verwaltungstechnischen Auseinandersetzungen um eine zufriedenstellende landesrechtliche Lösung im Sinne von Art38(2)EV führten, waren sie zugleich vor allem darauf bedacht, für Klassen und Plenum alle Möglichkeiten zu sichern, ihre wissenschaftlichen Sitzungen ohne Unterbrechung fortzusetzen. Damit sollte unterstrichen werden, dass die Mitglieder ihrem wissenschaftlichen Anspruch in den traditionellen akademischen Formen auch unter ungünstigen äußeren Bedingungen zu entsprechen vermochten.

Von Oktober 1990 bis in den Sommer 1992 hinein traten das Plenum und die Klassen jeden Monat zu ihren Sitzungen zusammen. Sitzungsort waren gewöhnlich der Plenarsaal und die Klassenräume im Akademiegebäude am Gendarmenmarkt. Hier fanden auch die Festlichen Veranstaltungen des Plenums zum Leibniz-Tag am 4. Juli 1991 und am 26. Juni 1992 statt, ganz nach dem überkommenen Zeremoniell gestaltet mit einem Bericht des Präsidenten, einem Festvortrag und dem Gedenken an ihre verstorbenen Mitglieder. Nur die Vorstellung von neuen Mitgliedern fehlte, da es zu einer Zuwahl aus zeitgemäßen Gründen in diesen Jahren nicht gekommen war.

Typisch für diese Periode war die große Anzahl von Geschäftssitzungen, die das starke Interesse des Plenums am Fortgang der Verhandlungen ausdrückte. Präsident und Vizepräsident waren bestrebt, die ihnen zugänglichen Informationen an die Mitglieder weiterzugeben und sich deren Zustimmung zu ihrem weiteren Vorgehen zu sichern. Die Entwicklung im Lande und die beunruhigenden Signalen aus Evaluierungen und Abwicklung der Institute häuften sich indes und ließen die Ungewissheit wachsen, ob man den eingeschlagenen Kurs noch lange fortsetzen konnte. Die Informationen zum Verlauf der Verhandlungen und von den Überlegungen in der Planungsgruppe waren nicht dazu angetan, Zuversicht auf eine Weiterexistenz der Gelehrtensozietät zu festigen.

Im Plenum artikulierten sich angesichts des zunehmenden äußeren Drucks von Politik und Medien immer stärker die Zweifel, ob es dem Präsidenten gelingen werde, die Gelehrtensozietät gegen die starken politischen Widerstände im Land Berlin zu erhalten. Ab Jahresbeginn 1992 wurde die Lage im Plenum kritisch, da durch den seit Mitte Dezember 1991 vorliegenden Entwurf des Staatsvertrages zur Neukonstituierung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften die existenzielle Gefährdung der Gelehrtensozietät nicht mehr zu übersehen war. Die Bemühungen des Präsidenten und des Geschäftsführenden Präsidiums, die Gelehrtensozietät unter Berufung auf Art38(2)Einigungsvertrag weiterzuführen, standen vor dem Scheitern. Die von der Wissenschaftsverwaltung betriebene politische Lösung gefährdete insbesondere die im Auftrag des Plenums verfolgte Absicht des Präsidenten, die gesamte Mitgliedschaft in die neu zu konstituierende Akademie zu überführen.

Über den Entwurf des Vertrages, der die Empfehlungen der Planungsgruppe als Grundlage hatte, informierte der Präsident das Plenum am Ende der Januar-Sitzung 1992. Seine Ausführungen sorgten für offene Unruhe und Enttäuschung bei den Mitgliedern, die bis zur nächsten Sitzung weiter zunahm und dort die Debatten bestimmten. Klinkmann hatte mitgeteilt, seiner Auffassung nach sei es gelungen, die beabsichtigte Auflösung der Sozietät zu verhindern und ihre Existenz als Institution zu sichern. Allerdings, zweitens, sehe der Entwurf vor, dass die neue Akademie nicht an den vorhandenen personellen Bestand der Akademiemitglieder anknüpfen werde: Es werde einem noch näher zu bestimmenden Wahlgremium überlassen, die ersten 50 neuen Mitglieder einzusetzen, die dann ihrerseits die nächsten Mitglieder zu wählen hätten (Klinkmann/Wöltge 1999: 64f., 111f.; zum Wahlgremium s. Wöltge 1995).

Die Sitzung hatte schockierende Nachwirkungen und bewirkte einen deutlichen Stimmungsumschwung in der Mitgliedschaft. Die Aussagen des Präsidenten im Januar bewirkten, dass die Debatte um die Zukunft der Gelehrten-

sozietät in der Februar-Sitzung des Plenums nunmehr in aller Heftigkeit und Gegensätzlichkeit ausbrach und seitdem nicht mehr von der Tagesordnung verschwand. Das Plenum zeigte sich tief gespalten, die in der Mitgliedschaft vorhandenen gegensätzlichen Positionen zur Weiterführung der Sozietät lagen offen zutage. Viele Mitglieder, die die Februar-Sitzung miterlebt oder davon gehört hatten, waren konsterniert – sowohl über die Information mit dem ihr innewohnenden Verlust einer Perspektive als auch über die vehemente, konträr geführte Debatte - und wandten sich an den Präsidenten. Klinkmann berichtete später, er hätte eine große Anzahl von Anrufen und Schreiben erhalten, die eine gereizte Stimmung und verunsicherte Haltung des Plenums zu seinen Ausführungen reflektierten. Sie reichten bis zu Austrittsankündigungen - nach beiden Seiten: Austritte wurden in Aussicht gestellt, falls es nicht gelinge, die gesamte Mitgliedschaft in die neue Akademie zu überführen; andere Mitglieder wollten austreten, falls genau dies beabsichtigt sei und geschehen sollte. Realisiert wurde aber kein einziger Austritt, weder 1989/90 noch später.

Dem Plenum war nunmehr hochwahrscheinlich, dass eine Übernahme der Mitgliedschaft in die neue Akademie nicht nur in wie auch immer begründeten Einzelfällen abgeschlossen, sondern generell nicht gesichert war. Die ohnehin nur noch schwache Zuversicht in die schützende Kraft von 38(2)EV war verschwunden, ebenso die Vorstellung, die Gelehrtensozietät könne noch Einfluss nehmen auf die weitere Gestaltung des Entwurfs des Staatsvertrages. Es war der letzte Abschied von Illusionen über eine ungestörte und geduldete selbstbestimmte Weiterexistenz der reformierten Gelehrtensozietät nach den politischen Ereignissen der Wendezeit. Wohin es nunmehr gehen sollte, war ungewisser denn je. Zwar wurde eine Arbeitsgruppe

gebildet, die in einer Erklärung eine Stellungnahme der Gelehrtensozietät zum Entwurf ausarbeiten sollte, in der sich die Mitglieder an die Öffentlichkeit wenden wollten, aber die Erklärung kam nicht zustande, der von Rapoport, Klenner und Mottek vorgelegte Entwurf wurde von der März-Sitzung des Plenums nach erneuten heftigen Auseinandersetzungen verworfen (Klinkmann/Wöltge 1999: 76, Dokument Nr. 11).

Die Entwicklung im Plenum soll hier nicht weiter beschrieben werden. Als Element des Übergangs zur Leibniz-Sozietät muss aber an dieser Stelle erwähnt werden, dass schon seit Mitte 1990 in den Reihen der Mitglieder „auf kleiner Flamme“ die Frage diskutiert wurde, was getan werden könnte, um im Falle einer politischen und verwaltungsrechtlichen Liquidierung der Sozietät die Mitgliedschaft nicht auseinander gehen zu lassen. Dieser Gedanke blieb über die Jahre hinweg lebendig und tauchte inmitten der Debatten im Frühjahr 1992 erneut auf. Das Protokoll der Geschäftssitzung des Plenums vom 12. März 1992 enthält dazu eine aufschlussreiche Passage. Im Zusammenhang mit der Information von Präsident Klinkmann über die zum Teil krassen Reaktionen von Mitgliedern auf seine Ausführungen im Februar-Plenum, vermerkt das Protokoll: „... Andere Mitglieder haben dem Präsidenten mitgeteilt, dass sie die Gründung eines privatrechtlichen Vereins als eine Konsequenz ansehen falls keine Übernahme von Mitgliedern erfolgt.“ (Klinkmann/Wöltge 1999: 73) Es ist die erste überlieferte Erwägung, eine Weiterexistenz der Gelehrtensozietät an den noch bestehenden Strukturen vorbei in einer neuen Organisationsform zu sichern. Diese Erwägung war zunächst noch ohne Handlungsabsichten oder strukturelle Vorstellungen, sie gab sozusagen nur eine Richtung an, in die weiter nachgedacht werden konnte.

Die Gründungsvorbereitung und die Gründung

Der Spittelclub

Die Idee einer Vereinsgründung beruhte auch auf ersten Erfahrungen, die einige Akademiemitglieder auf der Suche nach anderen Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Disput außerhalb der Gelehrtensozietät machen konnten. Der im Sommer 1991 gegründete Verein für Gleichstellungsfragen und sozialen Schutz e.V. hatte im März 1992 in den Spittelkolonnaden, in der Leipziger Straße in Berlin-Mitte das Projekt Sozio-kulturelles Kontaktzentrum für Seniorinnen und Senioren eröffnet, initiiert von der Geschäftsführerin des Vereins, Ingrid Brose, die früher an der Akademie tätig war. Der Club sollte eine Begegnungsstätte für arbeitslos gewordene oder vorzeitig in den Ruhestand versetzte Akademiker und bildende Künstler werden und ihnen Möglichkeiten zum geistigen Austausch und zur sozialen Kommunikation bieten. Das vom Clubkoordinator Sepp Müller entwickelte inhaltliche Konzept sah themati-

sche Vortragsreihen und Arbeit in Interessengruppen vor und war dank der aktiven Mitarbeit von Akademikern und Künstlern schon wenig später erfolgreich. Zu den ersten Vortragenden gehörten die Akademiemitglieder Wolfgang Eichhorn, Christa Luft, Werner Mittenzwei und Günter Kröber und die späteren Mitglieder der Leibniz-Sozietät John Erpenbeck, Hubert Laitko und Rolf Löther. Parallel zu den Vorträgen und Debatten nahmen Interessengruppen die Arbeit auf, etwa die von Helga Hörz geleitete Interessengruppe Ethik, eine von Kurt Pätzold geleitete Gruppe Geschichte und die Interessengruppe Wissenschaftsgeschichte von Günter Kröber, aus der die spätere Veranstaltungsreihe Jour fix des Spittelclubs und danach das bis heute tätige Kollegium Wissenschaft bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung hervorging.

Fußend auf den ersten Erfahrungen entstand im Club Spittelkolonnaden die Idee, eine Interessengemeinschaft „Freunde und Mitglieder der Leibniz-Akademie“ aufzubauen

en. Der Historiker Helmut Heinz, Mitarbeiter des Vereins für Gleichstellungsfragen und sozialen Schutz, wurde beauftragt, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Im Juni 1992 trat die Interessengemeinschaft erstmals zusammen.⁵

In der Vorbereitungszeit wandte sich Heinz im April 1992 an die Geschäftsstelle der Gelehrtensozietät und bot eine entsprechende Zusammenarbeit an. Das Angebot traf sich mit den Interessen jener Gruppe von Mitgliedern des Plenums, die ihre wissenschaftliche Kommunikation auch unabhängig von der Konstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften weiterführen wollten. In Gesprächen zwischen Vizepräsident Hörz und Heinz kam man überein, alle Akademiemitglieder in einem Brief über diese Möglichkeit zu informieren und sie zu einer Vortragsveranstaltung nach Ende der akademischen Sommerpause im September 1992 in den Spittel-Club einzuladen. Angedacht war dabei, dass sich daraus eine Veranstaltungsreihe mit monatlichen Vorträgen und deren Diskussion entwickeln könnte.⁶

Der Brief ging Ende Juni/Anfang Juli 1992 an die Mitglieder, unterzeichnet für die Gelehrtensozietät vom amtierenden Vizepräsidenten Herbert Hörz und für das Kontaktzentrum von Helmut Heinz. Hörz, der als Vizepräsident für die Belange der Mitglieder Verantwortung trug und die direkte Verbindung zu ihnen unterhielt, hatte schon seit Januar 1992 Kenntnis von der Absicht des Berliner Wissenschaftssenators Manfred Erhardt, den Mitgliedern das Erlöschen ihrer Mitgliedschaft mitzuteilen. Das Schreiben von Hörz und Heinz sollte die Mitglieder veranlassen, nach dem Leibniz-Tag 1992 nicht einfach auseinanderzugehen, sondern ihre wissenschaftliche Kommunikation im gewohnten Kreise, obwohl an anderem Ort, weiterzuführen. Aus dem Schreiben war nicht ersichtlich, dass damit die nun ihrem Ende entgegengehende Gelehrtensozietät fortgeführt werden sollte.

Anfang Juli, etwa zur gleichen Zeit, erhielten die in- und ausländischen Akademiemitglieder die erwartete Mitteilung des Wissenschaftssenators über den Staatsvertrag, in der es hieß: "Eine Fortführung der Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in ihrer bisherigen Gestalt oder eine Überführung der annähernd vierhundert Mitglieder sieht der Staatsvertrag nicht vor. ... Mit der Beendigung der früheren Gelehrtensozietät ist auch Ihre Mitgliedschaft erloschen." (Klinkmann/Wöltge 1999: 163, Dokument Nr. 41)

Die Initiativgruppe

Der Einladung zum Vortrag im Spittelclub am 24. September 1992 waren etwa 25 Akademiemitglieder gefolgt, zehn weitere teilten ihr generelles Interesse an weiteren Veranstaltungen mit. Hörz hatte den Wissenschaftsphilosophen Rolf Löther als Vortragenden gewonnen, der zum Thema Evolution – Realität oder metaphysische Idee? sprach.

Von der Zusammenkunft gibt es kein Protokoll und keine Anwesenheitsliste. Für die Veranstalter waren aber zwei Ergebnisse relevant: Sie machte erstens das Interesse einer größeren Gruppe von Akademiemitgliedern sichtbar, ihren wissenschaftlichen Disput, wie er in den Klassen und im Plenum der Akademie üblich war, auch unter ungünstigen Bedingungen fortzuführen; die Debatte und das Vortragsangebot für kommende Sitzungen sprachen dafür, dass die vorhandenen personellen und substanzialen Voraussetzungen ausreichen würden. Bis Jahresende sollten die Vorträge von Wolfgang Eichhorn "Tod des Subjekts"? Über Subjekt und Geschichte (Oktober), Georg Knepler Neuansätze zur Ästhetik (November) und Walter Schmidt Zur Geschichte der Hauptstadtfrage in Deutschland (Dezember) folgen.

Und zweitens, nicht minder bedeutsam, sah sich das Gremium als das weiterbestehende Plenum der Gelehrtensozietät. Nach ausführlicher Diskussion über die Frage, in welchem Rahmen man die wissenschaftliche Debatte mit den inzwischen gewonnenen Reform-Erfahrungen und -Erkenntnissen weiterführen könne, erörterten die Teilnehmer - die Interessengruppe „Freunde der Leibniz-Akademie“ vor Augen - die schon früher erwogen Möglichkeit, in Fortsetzung der Gelehrtensozietät einen Verein zu gründen, in dessen Rahmen die weiteren Aktivitäten stattfinden sollte. Wichtig war ihnen, wie Hörz in einem Pressegespräch wenig später hervorhob, „nicht einen alten Zustand sozusagen auf privatrechtlicher Grundlage wieder herzustellen. Wir knüpfen an die Gelehrtengesellschaft nach ihrer eigenen Reform und ihrer Evaluierung an.“⁷

Mit der Septembeeranstaltung begann die Fortführung der Gelehrtensozietät unter völlig neuen Bedingungen und in anderer Organisationsform und institutionellen Verfasstheit. Unklar war zunächst, ob das Vorhaben überhaupt Aussichten auf Bestand haben würde. Normale existenzielle Grundvoraussetzungen der Arbeit waren nicht vorhanden. Das neue Gremium verfügte außer den privaten persönlichen der Mitglieder über keinerlei eigene Arbeitsvoraussetzungen. Es hatte keinen gesicherten Tagungsort, keine festen Räume, kein Büro mit Telefon, keinen hauptamtlichen Mitarbeiterstab, keine Einkünfte und Zuwendungen, kein Bankkonto und kein Vermögen. Sein faktischer Rechtsstatus war, wie vom Wissenschaftssenator angestrebt, der einer privaten Personenvereinigung.

5 Hörz informierte darüber das Geschäftsführende Präsidium am 26.

Juni 1992, s. Klinkmann/Wöltge 1999: Dokument Nr. 17, S. 85

6 Das Schreiben ist abgedruckt in: Klinkmann/Wöltge 1999: Dokument Nr. 26, S. 105f, dazu S.123 Kommentar, der auf den Verlauf der Gründung der Sozietät eingeht. S. a. Hörz 2005: 76

7 Tagesspiegel vom 26.9.1992

Die Akademiemitglieder, sofern sie 1990 noch im wissenschaftlichen Arbeitsleben gestanden hatten, konnten in ihrer Mehrzahl nicht mehr auf die gewohnten Arbeitsmöglichkeiten, auf Mitarbeiter und institutionelle Materialien zurückgreifen, für die Emeriti der Sozietät boten die in Abwicklung begriffenen Einrichtungen, aus denen sie einstmals hervorgegangen waren, keinen Halt und keine Forschungsmöglichkeiten mehr.

Die Akteure des Septemberplenums zeigten indes, wie Rapoport später feststellte, „Aufbruchstimmung und verhaltenen, aber festen Optimismus“. (Rapoport 1994: 119) Immerhin konnten sie sich darauf berufen, in der direkten personellen Kontinuität der von Leibniz gegründeten Gelehrtengesellschaft zu stehen. Sie hatten langjährige Erfahrungen in der Gestaltung der wissenschaftlichen Tätigkeit einer Gelehrtengesellschaft, und sie waren Erfahrungsträger, die mit den Traditionen einer fast 300jährigen Akademie vertraut waren und sie alljährlich erprobt und ausgeübt hatten. Ihre Absicht war, diese Akademie und ihre Traditionen nicht abbrechen zu lassen und sie auch unter den neuen Bedingungen fortzuführen.

Die Versammlung wählte eine Arbeitsgruppe, die die vorläufige Geschäftsführung übernehmen und „Vorstellungen über mögliche Inhalte und Organisationsformen einer Gesellschaft von Wissenschaftlern in der Tradition der Leibniz-Akademie und über deren rechtlichen Status erarbeiten“ sollte. (Rapoport 1994: 121)

Dieser Initiativgruppe gehörten die Akademiemitglieder Karl Friedrich Alexander, Karl-Heinz Bernhardt, Wolfgang Eichhorn und Friedrich Jung an. Alexander, Physiker, war langjähriger Direktor eines großen Akademieinstituts, Bernhardt war Bereichsleiter Meteorologie an der Humboldt-Universität, Eichhorn war abgewickelter Akademie-Philosoph und Jung emeritierter Pharmakologe. Sie verstärkten sich wenig später mit den Mitgliedern Hermann Klenner, Rechtswissenschaftler, und Fritz Hintze, Ägyptologe.

Als erste Maßnahme vereinbarte sie noch am Tage ihrer Konstituierung, dass jedes Mitglied der Gruppe seine Vorstellungen über Arbeitsinhalte, Organisationsformen, Rechtsansprüche und Status der Zusammenkünfte skizzieren sollte. Diese Ausarbeitungen waren die ersten Dokumente, in denen die Elemente einer weiterzuführenden Gemeinschaft der Akademiemitglieder benannt wurden. Die Debatte in der Veranstaltung am 24. September zusammenfassend, stellten sie übereinstimmend als grundsätzliche Punkte künftiger Existenz in den Vordergrund:

- die wissenschaftliche Arbeit von Plenum und Klassen wird fortgeführt, möglichst interdisziplinär, sie soll Beiträge zur wissenschaftlichen Erkenntnis leisten;
- anzuknüpfen ist an die Tradition und Nachfolge der 1700 von Leibniz gegründeten Akademie und der Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages;

- als Rechtsform wird die eines Vereins vorgeschlagen, für den zwei Varianten erwogen wurden, die zu diskutieren seien: als Leibniz-Sozietät (Eichhorn, Bernhardt) für die bisherigen Akademiemitglieder oder als Verein der Freunde der Leibniz-Akademie (Alexander) für Akademiemitglieder und Freunde und Förderer, der zugleich die rechtlichen Ansprüche der Gelehrtensozietät verfolgen sollte;

- der Verein steht allen Akademiemitgliedern und ihren Gästen offen.⁸

Die Vorstellungen waren noch stark geprägt von den jüngsten politischen Entwicklungen im Vorfeld der Konstituierung der BBAW. Vor allem das genannte Schreiben von Senator Erhardt von Anfang Juli 1992 mit der Mitteilung vom Erlöschen der Mitgliedschaft fand erneut scharfe Ablehnung und führte zur Betonung eines Anspruchs auf Rechtsnachfolge auf die AdW der DDR mit der Forderung nach rechtlichen Schritten gegen die offenkundige Verletzung von Art.38(2)EV und die Maßnahmen der Senatsverwaltung. Ausdrücklich wurde zugleich Bereitschaft betont, mit der in Gründungsaufbau befindlichen BBAW zusammenzuarbeiten.

Die Initiativgruppe stellte ihre ersten Ergebnisse auf der Oktober-Geschäftssitzung vor. Sie wurden eingehend diskutiert und letztlich gebilligt. Mit den dort gegebenen Hinweisen erarbeitete Wolfgang Eichhorn einen neuen Entwurf der Aufgabenstellung für die Leibniz-Sozietät, der sich auf die wissenschaftlichen Aspekte konzentrierte. Die strittigen Rechtsfragen und politischen Konfrontationspunkte wurden weitgehend ausgeklammert. Das Papier formulierte vier Punkte, die den Zweck eines zu gründenden Vereins angeben sollten:

„1. Die Leibniz-Sozietät verfolgt den Zweck, gestützt auf die Forschungsleistungen und Erfahrungen ihrer Mitglieder, die wissenschaftliche Tätigkeit des Plenums und der Klassen der bisherigen Gelehrtensozietät kontinuierlich fortzusetzen, den interdisziplinären wissenschaftlichen Dialog zu pflegen und so der Tradition der seit 1700 bestehenden Leibniz-Akademie zu entsprechen.

2. Die Assoziation ist offen für alle Ordentlichen und Korrespondierenden Mitglieder der bisherigen Gelehrtensozietät. In Wahrung der Tradition wird die Leibniz-Sozietät Gäste zu wissenschaftlichen Beratungen einladen.

3. Die Sozietät ist bestrebt, Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

4. Ein Anliegen der Leibniz-Sozietät wird sein, zu einer Dokumentation der jüngsten Geschichte der bisherigen Gelehrtensozietät beizutragen.“

⁸ Diese wie auch weitere Angaben aus Dokumenten der Initiativgruppe befinden sich im Archiv der Leibniz-Sozietät und sind noch nicht öffentlich zugänglich

Diese Punkte wurden in der Folgezeit von den Akademiemitgliedern eingehend diskutiert, die in wachsender Zahl an den Vortragsveranstaltungen und den Geschäftssitzungen teilnahmen. Die Meinungsbildung in der Initiativgruppe und zwischen Initiativgruppe und Versammlung verlief langwierig und zum Teil kontrastreich. Erst Ende Februar 1993 waren die Positionen so weit abgeklärt, dass das Plenum einen Termin für eine Gründungsversammlung beschließen konnte.

In der Novembersitzung 1992 stimmte das Plenum endgültig dem Vorschlag der Initiativgruppe zu, die Arbeit in Gestalt eines Vereins fortzusetzen. Das erforderte, die bisherige Tätigkeit und die künftigen Absichten des Vereins in vereinsrechtlicher Terminologie zu formulieren. Ein Statut musste Auskunft geben über den Namen, die Zwecksetzung, die Finanzierung, die Mitgliedschaft, die Organe des Vereins, die Mitgliederversammlung und den Vereinsvorstand sowie über die Auflösung des Vereins. Als juristischer Konsultant wurde Rechtsanwalt Peter Schulenburg gewonnen, ein ehemaliger Mitarbeiter in der Rechtsabteilung der AdW.

Lange umstritten war die Frage, ob das Hauptaugenmerk auf die Verfolgung der Rechtsposition nach Art. 38EV, also auf die Anerkennung der fortgesetzten Gelehrtensozietät des Einigungsvertrages und auf Wiedergewinnung verlorener Positionen und Güter als Voraussetzung der wissenschaftlichen Tätigkeit gerichtet sein sollte, oder ob man in den Mittelpunkt allein die weitere wissenschaftliche Arbeit stellte. Zunächst wurde der schon anfangs geäußerte Gedanke verfolgt, einen Förderverein zu gründen. Er war dazu gedacht, die günstigsten Bedingungen für die Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit des Plenums und der Klassen zu schaffen. Er sollte aber zugleich sicherstellen, dass die Rechtspositionen der Leibniz-Sozietät entsprechend der Festlegung in 38(2)EV gewahrt und vertreten werden konnten und einer Korrektur der damaligen, nach Auffassung der Leibniz-Sozietät verfehlten politischen Maßnahmen nicht im Wege stehen sollte.

Der Vorschlag wurde in der Dezembersitzung 1992 von der Initiativgruppe vorgestellt. Der Gedanke eines Fördervereins fand zunächst die Zustimmung des Plenums, man beschloss, einen Statutenentwurf für den Förderverein ausarbeiten zu lassen. Der dann im Januar von Schulenburg vorgelegte und in der Initiativgruppe ausführlich behandelte Entwurf enthielt in einer Präambel den Bezug auf Art. 38EV und erinnerte an die fortzuführende Akademie als Gelehrtensozietät. Er sah als Zweck des Vereins, wissenschaftliche Beiträge seiner Mitglieder zu fördern und zur Pflege des wissenschaftlichen Erbes in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz beizutragen. Mitglied konnte werden, wer an der Verwirklichung der Vereinsziele interessiert war und einen Antrag an den Vorstand stellte.

Doch schon vier Wochen danach hatte das Plenum - in seiner Januar-Sitzung 1993 - andere Einsichten gewon-

nen. Nach langer Debatte wurde das Grundmodell Förderverein fallen gelassen. Der Entwurf erhielt keine Zustimmung mehr. Im Protokoll der Sitzung (Protokollant: Wolfgang Eichhorn) hieß es dazu: „Die Diskussion ergibt jedoch volle Einheitlichkeit der anwesenden Akademiemitglieder im Hinblick auf den Vorschlag, jetzt nicht erst einen Förderverein, sondern sobald wie möglich eine Leibniz-Sozietät e.V. zu gründen, deren Hauptaufgabe es ist, die wissenschaftliche Arbeit der Akademiemitglieder in Plenum und Klassen - ähnlich wie seit September 1992 - fortzusetzen. Das Statut des Vereins soll in Anlehnung an das Akademiestatut von 1946 und 1991⁹ erarbeitet werden.“ Rapoport fasste diese Diskussion später wie folgt zusammen: „Während anfangs unsere Auffassungen zur Bildung einer Organisation zur Wahrung unseres Rechtsstandpunktes im Vordergrund standen, kristallisierte sich doch die Vorstellung heraus, einen Verein zu gründen, dessen Zweck ausschließlich die Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit ist, wie sie sich im Plenum und in den Klassen der Akademie abgespielt hat.“ (Rapoport 1994: 122)

Mit einigen Festlegungen des Plenums in der Januar-Sitzung wurden weitere Voraussetzungen für die Bildung des Vereins beschlossen. Die Initiativgruppe wurde um die zuletzt tätigen Klassensekretäre der Gelehrtensozietät erweitert, ihr gehörten nunmehr an: Karl-Heinz Bernhardt, Wolfgang Eichhorn, Karl Friedrich Alexander, Günter Albrecht, Wolfgang Böhme, Fritz Hintze, Friedrich Jung, Hermann Klenner und Karl Lanius. Als ständiger Berater wurde Herbert Wöltge aus dem inzwischen auseinander gegangenen Arbeitsstab Klinkmann hinzugezogen.

Das Januar-Plenum bestätigte, dass das Mandat des geschäftsführenden Präsidenten der Gelehrtensozietät, Horst Klinkmann, das er durch seine Beauftragung durch Ministerpräsident de Maizière im September 1990 erhalten hatte, über das Mitglied Friedrich Jung auf die Initiativgruppe übertragen wurde. Die Vollmacht-Übertragung war dem Gremium wichtig, da es darin eine unerlässliche legitimatorische Voraussetzung für das weitere Vorgehen in der Nachfolge der Gelehrtensozietät sah. Klinkmann hatte in einer Erklärung vom 16.1.1993 an Jung mitgeteilt, dass er Jung die Vollmacht erteile, „in Vertretung meiner Wahlfunktion als Präsident der Akademie der Wissenschaften im Rahmen der Initiativgruppe Leibniz-Akademie tätig zu sein.“ Jung wiederum erklärte auf der Sitzung, dass er diese Vollmacht nunmehr an die Initiativgruppe übertrage. Auch Herbert Hörz, der das Zustandekommen der Leibniz-Sozietät bis dahin vorbereitet und betrieben hatte, bat die Versammlung im Zusammenhang mit seinen Arbeitsaufgaben um die Entlastung von der Verantwortung für die Organisationsarbeit der Zusammenkünfte der Sozietät. Die Initiativgruppe agierte nunmehr als vom

⁹ Gemeint ist der „Vorschlag für eine Satzung der Leibniz-Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ vom 29. November 1990 (Jahrbuch 1994: 431). 1991 gab es keinen Satzungsentwurf

Plenum legitimierte Geschäftsführende Gruppe, die bis zur Vereinsgründung und der Wahl eines Vorstands die Interessen der Gelehrtensozietät vertrat.

Dem dann in der Februar-Sitzung vorgestellten neuen Entwurf eines Statuts ging eine nochmalige intensive Diskussion in der Initiativgruppe voraus. Hier setzte sich letztlich die Auffassung durch, dass die zu gründende Sozietät der Fortführung der wissenschaftlichen Arbeit zu dienen habe und die künftige Verfahrensweise von diesem Grundkonzept bestimmt sein müsste. Die Wahrung der Rechtsposition, die Anliegen des Fördervereins gewesen wäre, sollte durch eine Formulierung im Statut abgesichert werden. Erneut aufgeworfen wurde die Überlegung, durch eine Feststellungsklage die Nichtigkeit des in dem Erhardt-Schreiben mitgeteilten Erlöschens der Akademiemitgliedschaft gerichtlich feststellen zu lassen. Doch der Vorschlag wurde zunächst beiseite gelegt, da einiges dagegen sprach, sowohl in der Frage, wer klagen sollte – der Verein oder ein Mitglied – als auch darin, wer die nicht absehbaren, vermutlich hohen Kosten angesichts der unbestimmbaren Dauer und des ungewissen Ausgangs einer Klage tragen sollte. Man einigte sich darauf, dass die Mitgliedschaft weiter bestehe, da man weder einen gesetzlichen noch verwaltungsrechtlichen Auflösungsakt der Gelehrtensozietät erkennen könne und kein Mitglied seinen Austritt aus ihr erklärt habe (Klinkmann/Wöltge 1999: 272 ff.)

Damit rückte die Frage der Mitgliedschaft endgültig in den Mittelpunkt. Sie war die wesentliche Verbindungslinie der neuen Vereinigung zu ihrer Vergangenheit. Zudem waren in keinem anderen Bereich der sich neu formierenden Gelehrtensozietät die Herkunft und der Anspruch, den sie erhob, so deutlich erkennbar und faktisch unangefochten belegbar. Die aktuellen Akademiemitglieder waren von der Mitgliedergeneration gewählt, die weit in die Deutsche und die vor ihr liegende Preußische Akademie zurückreichte. Die personelle Kontinuität gab zugleich den Mantel, um an die Traditionen und die Geschichte der Berliner Akademie seit diesem Zeitpunkt anzuknüpfen.

Von Anfang an zeichnete sich hier eine weitgehend übereinstimmende Auffassung in Plenum und Initiativgruppe ab. Man folgte der Anfangsformulierung der Initiativgruppe, die Sozietät stehe allen Akademiemitgliedern offen und strebe an, Gäste einzuladen.

In dieser noch sehr allgemeinen Fassung blieben wichtige Fragen offen. Klar ausgedrückt werden musste noch, ob, wie vorgeschlagen, alle Mitglieder der AdW der DDR prinzipiell als Mitglieder des Vereins anzusehen waren oder nur die bei Gründung anwesenden Mitglieder. In letzterem Fall musste festgelegt werden, wie zu verfahren sei, wenn Akademiemitglieder zu einem späteren Zeitpunkt die Absicht hatten, Mitglied der Leibniz-Sozietät zu werden. Auch die Modalitäten der Wahl neuer Mitglieder, für die sich schon im Vorfeld viele Mitglieder ausgesprochen hatten, waren zu erörtern. Man war sich einig, die übliche akademische Zuwahlprozedur beizubehalten, die

bislang eine Zuwahl nach strengen wissenschaftlichen Kriterien in geheimer Wahl vorsah. Es musste aber ein Weg gefunden werden, dies auch unter den vereinsrechtlichen Vorschriften zu sichern. Offen blieb weiterhin die Frage, ob es den Status eines Fördernden Mitglieds geben würde, und neu aufgeworfen wurde, ob es einen eigenen Status für eingeladene Gäste geben sollte. Einig war man sich auch in dem Grundsatz der überregionalen Zusammensetzung der Mitgliedschaft, der eine territoriale Einengung der Mitgliedschaft auf Mitglieder mit Wohnsitz in der Region, wie sie in den übrigen deutschen Wissenschaftsakademien fast überall üblich war, ausschloss. Und schließlich wurde stillschweigend die Unterteilung der Mitgliedschaft in Ordentliche, Korrespondierende und Auswärtige Mitglieder ebenso fallen gelassen wie eine Obergrenze für die Zahl der Mitglieder.

Der dann in der Februar-Plenarveranstaltung vorgestellte Entwurf definierte die Zugangsbedingungen zur Sozietät in einer zweckentsprechenden ausreichenden Allgemeinheit. Er legte in §4(1) fest: „Mitglieder können Wissenschaftler werden, die nach Persönlichkeit und wissenschaftlicher Leistung Wissenschaft und Forschung maßgebend bereichern.“ Den Weg zu einem Zuwahlverfahren, das den bisherigen Gepflogenheiten entsprach, sollte Absatz 2 regeln: „Die Mitgliedschaft im Verein wird Wissenschaftlern gem. §4 Ziff. 1 durch Beschluß der Mitgliederversammlung angetragen.“ Erst in einer späteren Fassung, schon jenseits der Vereinsgründung, in der Satzungsänderung vom 24. 6. 1993, wurde dann auch formuliert, wie Akademiemitglieder dem Verein beitreten konnten, ohne nochmals eine Aufnahme-prozedur zu durchlaufen. Der Zusatz zu §4(2) lautete: „Mitglieder der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften werden durch schriftliche Beitrittserklärung Mitglieder des Vereins.“ Damit waren zwei der wichtigsten Voraussetzungen für die Fortexistenz der Gelehrtensozietät als Leibniz-Sozietät fixiert: alle Akademiemitglieder konnten an ihr teilnehmen, wenn sie es wünschten, die personelle Kontinuität war gewahrt. Und man öffnete sich den Zugang zu neuen Mitgliedern, die nach den traditionellen akademischen Regeln aufzunehmen waren.

Über den Zweck des Vereins herrschte grundsätzliche Übereinstimmung, obwohl die Formulierungen in den verschiedenen Statutenentwürfen wechselten, vor allem um den Vorstellungen des Gesetzgebers zu entsprechen. Es sollte, wie Rapoport später rückblickend sagte, ein Verein sein, „dessen Zweck ausschließlich die Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit war, wie sie sich im Plenum und in den Klassen der Akademie abgespielt hat“. (Rapoport 1994: 122) Zweites konstitutives Element der Zwecksetzung blieb unangefochten der Traditionsbezug, die Berufung auf die Pflege der Wissenschaft in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz, die den Zugang zur personellen Kontinuität der Mitgliedschaft sicherte.

Dieser Sicht schloss sich das Plenum im Februar an. Die Versammlung fasste auch die bisherigen Überlegungen

zusammen, die wegen der Diskussion über die statutarischen Erfordernisse nur am Rande behandelt wurden: etwa der Frage, an welche Traditionen und Arbeitsformen der Gelehrtensozietät anzuknüpfen war – Vortragstätigkeit im Plenum, zum geeigneten Zeitpunkt auch Vorträge und Diskussionen in Klassen, und, nach längerem Zaudern, auch Fortführung der Festlichen Veranstaltungen zum Leibniz-Tag mit dem dort üblichen Zeremoniell. Die Veranstaltungen sollten öffentlich sein und ihre Ergebnisse publiziert werden.

Als Anmerkung zu den Debatten bleibt festzustellen, dass die Fragen der materiellen und organisatorischen Existenzsicherung und der Finanzierung im Verlauf der Meinungsbildung um die Weiterführung der Gelehrtensozietät nur ganz am Rande behandelt wurden. Es gab kaum Überlegungen, wie sich die vorgesehene neue Organisation materiell am Leben halten konnte. Die Vorstellungen zur Finanzierung erfassten zunächst nur die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, die durch das Vereinsrecht ermöglicht wurde, und verharrten in einer mehr von unbestimmten Hoffnungen getragenen Spenden- und Zuwendungserwartung. Im Hinblick auf Tagungsort und Veranstaltungsraum blieb zunächst nur die Zuversicht, der Spittelclub würde seine Räumlichkeiten für einen nicht bestimmbar, aber möglichst langen Zeitraum unentgeltlich zur Verfügung stellen. Bei der Sicherung der übrigen materiell-technischen Voraussetzungen einer geregelten wissenschaftlichen Vortrags- und Debattiertätigkeit, bei der für später vorgesehenen Publikation der Arbeitsergebnisse und vor allem bei der Behandlung der mit Pflichten eines Vereins verbundenen Auflagen und Aufgaben, für die die Beteiligten kaum einen Erfahrungshintergrund hatten, gab man den jetzt tätigen Akteure der Initiativgruppe freie Hand und vertraute darauf, dass sie in der Lage sein würden, alle praktischen logistisch-organisatorischen Probleme zu bewältigen.

Zu der nun für den 15. April vorgesehenen Gründungsversammlung sollten alle Akademiemitglieder eingeladen werden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu dem Vorhaben zu äußern und gegebenenfalls dem Verein beizutreten. Zu diesem Zweck schickte die Initiativgruppe Anfang März an die 276 inländischen Akademiemitglieder Briefe, in denen zur Gründungssitzung eingeladen wurde.¹⁰ Die Information der 124 Auswärtigen Mitglieder aus 24 Ländern war für einem späteren Zeitpunkt vorgesehen.

In dem von Wolfgang Eichhorn im Auftrag der Initiativgruppe unterzeichneten Schreiben hieß es: „Mitglieder der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften, die sich seit September 1992 regelmäßig zu wissenschaft-

lichen Veranstaltungen treffen, beabsichtigen, einen gemeinnützigen Verein 'Leibniz-Sozietät e.V.' zu bilden. Er wird den Zweck verfolgen, die wissenschaftliche Arbeit seiner Mitglieder zu fördern, Ergebnisse der Forschung zu diskutieren und zu publizieren und das wissenschaftliche Erbe in Fortführung der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz zu pflegen. Ich darf Sie von diesem Vorhaben informieren und zur Teilnahme an der Gründungsversammlung des Vereins herzlich einladen.“

Das Echo war lebhafter als erwartet. Auf das Schreiben gingen 74 Antworten ein, 54 davon bis Anfang April, neun erst nach der Gründungsversammlung. 29 Mitglieder erklärten die Absicht, dem Verein beizutreten. In der Grundtendenz begrüßte die Mehrheit der Mitglieder das Vorhaben und zeigte sich an Informationen über den weiteren Verlauf der Angelegenheit interessiert. Viele Mitglieder verhielten sich aus den unterschiedlichsten Gründen abwartend (Gesundheitsprobleme, Entfernung von Berlin, ungesicherte materielle Lage, anderweitige Verpflichtungen, ungünstiger Zeitpunkt, Auslandsaufenthalt zum Veranstaltungstermin). Sieben Mitglieder lehnten das Vorhaben aus prinzipiellen politischen Überlegungen heraus und zum Teil entschieden ab. Eine Reihe von Mitgliedern äußerte sich nicht schriftlich, sondern informierte die Initiativgruppe auf direktem Wege über ihre Auffassung bzw. ihre Teilnahme. Da die Antwortbriefe – bis auf zwei - von Mitgliedern kamen, die bisher nicht an den Veranstaltungen und den Gründungsvorbereitungen teilgenommen hatten, durfte man mit einem genügend großen Kreis von Interessenten für eine Gründung rechnen.

Inzwischen hatte sich die Initiativgruppe nochmals über die rechtlichen Voraussetzungen der Vereinsgründung beraten und sich auf weitere Veränderungen des Statutenentwurfs gegenüber dem in der Februarsitzung vorgelegten Entwurf verständigt. Im Endtext der Statutenfassung, den man der Gründungsversammlung zur Abstimmung vorlegen wollte, war die Präambel mit dem Bezug auf den Einigungsvertrag und dessen Artikel 38 nicht mehr enthalten. Neu war eine Bestimmung zu Fördernden Mitgliedern. Der Entwurf war nunmehr allein auf den wissenschaftlichen Zweck der Vereinigung ausgerichtet. Der mehrfach diskutierte Status von Gästen, die man als Anwärter für eine kommende Mitgliedschaft in Erwägung gezogen hatte, fand keine Aufnahme. Er wurde später durch Vorstandsfestlegungen geregelt

Die Gründung

Mit 50 Akademiemitgliedern und zwei Gästen war die Gründungsversammlung am 15. April 1993 im Lesecafé des Clubs Spittelkolonnaden gut besucht. Namens der Initiativgruppe begrüßte Karl Lanius die Anwesenden und begründete das Anliegen der Zusammenkunft. Nach den ermutigenden Erfahrungen der regelmäßigen Veranstaltungen seit September 1992, nach der Reaktion der

¹⁰ Nach der letzten offiziellen Angabe der Gelehrtensozietät (in: Klinkmann/Wöltge: 34) bestand das Plenum am 26.06.1992 aus 279 (176 Ordentlichen und 103 Korrespondierenden) Mitgliedern. Die Briefaktion wurde erstmals beschrieben bei Wöltge/Steiger 2003: 17-18

Akademienmitglieder auf die Briefe sei es angemessen, die Idee der Gründung eines Vereins nun auch umzusetzen.

Die Tagesordnung sah drei Punkte vor: „1: Diskussion der Notwendigkeit der Gründung des von Herrn Lanius angeführten Vereins und Schlussfassung dazu; 2. Diskussion eines Statutenentwurfs und Abstimmung über den Entwurf; 3. Wahl eines Präsidenten, eines Vizepräsidenten und eines Schatzmeisters.“¹¹

Erwartungsgemäß sprachen sich die Akademienmitglieder nach ausführlicher Debatte für die Vereinsgründung aus. Anhand des vorgelegten Statutenentwurfs wurden die Standpunkte zu den rechtlichen Fragen nochmals vorgebracht und erörtert. Die Gründung sollte an die Traditionen der Akademie anknüpfen, sie pflegen und sie fortführen. Scharf abgelehnt und für rechtlich nichtig erklärt wurde erneut das Schreiben von Wissenschaftssenator Erhardt vom Juli 1992 zum Erlöschen der Mitgliedschaft infolge der Konstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Als wichtiger Bestandteil der Arbeit sollte die Publikationstätigkeit entwickelt werden, um die Öffentlichkeit von der Tätigkeit und den Ergebnissen der Arbeit des Vereins zu unterrichten. Ohne Beanstandung ging auch §3 durch, der die Entrichtung eines Mitgliedbeitrages vorsah, über dessen Höhe von 60 DM auf Vorschlag eines Mitglieds abgestimmt wurde.

Sowohl die Vereinsgründung als auch der Statutenentwurf mit den vorgeschlagenen Änderungen wurden danach einstimmig gebilligt. Es gab keine Gegenstimmen und keine Enthaltungen. Der Versammlungsleiter Wolfgang Eichhorn erklärte danach die Vereinsgründung für vollzogen. Er bat die Anwesenden, ihren Beitritt in den Verein durch Eintragung in die ausliegenden Beitrittslisten zu bestätigen.

Für die nachfolgende Wahl des Vorstands wurden Samuel Mitja Rapoport als Vorsitzender, Ernst Engelberg als Vizepräsident und Wolfgang Eichhorn als Schatzmeister vorgeschlagen. Sowohl Klinkmann als auch Hörz stellten sich nicht zur Wahl, Klinkmann wegen seiner Berufung an die Universität in Bologna, Hörz wegen anstehender beruflicher Belastungen, beide waren ohnehin nicht auf der Gründungsversammlung anwesend. Gewählt wurde mit Stimmzetteln und geheim. Rapoport erhielt 47 von 49 Stimmen, Engelberg ebenfalls 47 und Eichhorn 48 Stimmen.

Rapoport, Engelberg und Eichhorn waren führende Vertreter ihrer Fachdisziplinen und erfahren in der Führung wissenschaftlicher Kollektive und Einrichtungen. Rapoport, 1912 in Galizien geboren, war der international bekannteste Biochemiker der DDR, den seine wissenschaftliche Laufbahn von Österreich in die USA und 1950 in die DDR geführt hatte. In Berlin baute er an der Charité das Institut

für Biochemie auf und prägte jahrzehntelang die Lehre und Forschung auf diesem Gebiet. Sein Lehrbuch „Medizinische Biochemie“ wurde zum Standardwerk für die biochemische Ausbildung der Mediziner in der DDR. 1969 wurde er Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften. Als er nach nahezu drei Jahrzehnte fruchtbarer wissenschaftlicher Tätigkeit in den Ruhestand ging, waren viele seiner Schüler auf Lehrstühle an Universitäten der DDR berufen worden.

Engelberg, 1909 im Badischen geboren, war einer der bedeutendsten deutschen Historiker von internationalem Rang. Wegen illegalen Widerstands im Dritten Reich verhaftet, emigrierte er in die Schweiz und die Türkei und nahm nach dem 2. Weltkrieg in Leipzig eine Lehrtätigkeit auf. 1951 wurde er zum Direktor des dort neu gegründeten Instituts für deutsche Geschichte ernannt. Sein Arbeitsschwerpunkt war die Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, später vor allem Fragen der Formationstheorie. 1960 wurde er Direktor des Akademie-Instituts für deutsche Geschichte, 1961 zum Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften gewählt. Von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1974 leitete er die Forschungsstelle für Methodologie und Geschichte der Geschichtswissenschaft. Einer breiten Öffentlichkeit wurde Engelberg durch seine gesamtdeutsch und international äußerst erfolgreiche zweibändige Bismarck-Biographie bekannt.

Eichhorn, 1930 in Thüringen geboren, lehrte Philosophie und Historischen Materialismus an der Humboldt-Universität und wechselte 1967 an das Institut für Philosophie der Akademie. 1969 bis 1971, in der Zeit der Akademie-reform, leitete er den Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften der Akademie. Seine Arbeitsschwerpunkte waren Ethik, Dialektik des Widerspruchs, Formations-theorie und Fragen der Geschichtsphilosophie, er war Mitautor von philosophischen Lehrbüchern. 1969 wurde er Akademienmitglied. Vor allem in ihm fand die entstehende Leibniz-Sozietät einen erfahrenen und kenntnisreichen Initiator und Organisator, der fortan weitgehend die Geschicke der Vereinigung bestimmte und deren wichtigste Vorhaben in der Hand hielt.

Mit der Wahl besaß die Leibniz-Sozietät nunmehr auch eine satzungsgemäße rechtliche Vertretung. Rapoport dankte der Initiativgruppe für die umfangreiche geleistete Arbeit zur Vorbereitung der Gründung und rief zu gemeinsamer wissenschaftlich ertragreicher Arbeit auf. Man legte die nächsten Plenarvorträge für April und Mai fest und einigte sich darauf, die Tradition des Leibniz-Tages nicht abreißen zu lassen und sie weiter zu führen. 1993 war der Leibniz-Tag für Donnerstag, dem 1. Juli vorgesehen, er sollte künftig nach überkommener Sitte jährlich an dem Donnerstag, der dem 1. Juli, dem Geburtstag des Gründervaters Gottfried Wilhelm Leibniz, am nächsten lag, stattfinden. Dort sollte ein Bericht über die geleistete Arbeit des Vereins Leibniz-Sozietät gegeben, ein wissen-

¹¹ Aus: Niederschrift über die Gründungsversammlung des Vereins „Leibniz-Sozietät“

schafflicher Festvortrag gehalten und der Verstorbenen gedacht werden.

Am Ende der Veranstaltung hatten sich 49 der 50 anwesenden Akademiemitglieder in die Beitrittslisten eingetragen.

Der Verein war gegründet. Für die Gelehrtensozietät begann ein neuer Abschnitt ihrer Existenz. Rapoport würdigte wenig später die Bedeutung der Gründung mit den danach oft zitierten Worten: „Wir sind zurückgekehrt zur Gelehrtenengesellschaft als freiem Zusammenschluss von unabhängigen, vielseitig interessierten und wissenschaftlich ertragreichen Forschern, frei von einengenden Patronaten durch Landesherrscher, ohne Verbeamtung und verkrustete Strukturen. Wir haben wieder eine wirkliche Gelehrtensozietät, die diesem Grundgedanken verpflichtet ist und die ihr Bemühen darauf richtet, im Einklang von Tradition und heutigen Erfordernissen zu geistigen Anregungen für Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft zu gelangen.“ (Rapoport 1994: Editorial; s.a. Rapoport 1994: 119).

Mit der Konstituierung als Verein war die Sozietät in eine rechtsfähige Organisationsform eingetreten, die ihren Absichten einen breiten und relativ ungehinderten korporativen

Raum geben konnte. Es war längst kein so komfortabler Rechtsstatus wie der mit dem Beitritt verloren gegangene Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, aber es war die einzige Überlebensform der Gemeinschaft der Akademiemitglieder, die sich in der gegebenen Situation angeboten hatte. Sie ermöglichte es den Akademiemitgliedern, die Ergebnisse der eigenen Forschungen ohne wissenschaftsfremde Eingriffe im Kreise der Fachkollegen vorzustellen und interdisziplinär zu diskutieren. Der Vereinsstatus erlaubte es, die traditionellen akademieüblichen Formen dieser Arbeit in Plenum und Klasse mit dem alljährlichen Leibniz-Tag als Höhepunkt ohne Unterbrechung fortzuführen, und er bot auch den Rahmen, um jene Grundsätze weiter zu verfolgen und in der Tätigkeit der Sozietät zu verwirklichen, die zuvor im Verlauf der Reformbewegung an der Akademie, seit den Ereignissen vom Herbst 1989 und als Lehren aus der jüngsten Geschichte, erarbeitet wurden, Grundsätze, die Rapoport in seiner Rede zum Leibniz-Tag 1995 verdeutlichte: Interdisziplinarität, Staatsferne, gesellschaftliche Verantwortlichkeit, geistige Pluralität, Internationalität und regionale Ausstrahlung. (Rapoport 1995b: 99f.)

Die Gründer. Die personelle Ausgangssituation

Die ersten Neunundvierzig

Man kann davon ausgehen, dass die 49 Gründer zu ihrer Zeit nach den normalen wissenschaftlichen Auswahlkriterien Mitglieder der Akademie wurden. Sie waren ausgewiesene Experten, führende Wissenschaftler ihrer jeweiligen Disziplinen. Ihre wissenschaftliche Reputation war anlässlich der Selbstbeurteilung, die die Klassen von 1990 bis 1992 durchführten, bestätigt; die Ergebnisse der Evaluierung gaben keinen Anlass, hier etwas anderes anzunehmen. (Klinkmann/Wöltge 1999: 83 Dokument Nr. 18, 107ff.)

Das Alter der 49 Gründer war akademiegemäß. Der älteste war der Musikwissenschaftler Georg Knepler, Geburtsjahrgang 1906, der jüngste der Philosoph Ulrich Röseberg, Jahrgang 1943. Der Altersschwerpunkt lag bei den Jahrgängen 1926 bis 1930 (1993 waren sie im Alter von 63 bis 67 Jahren), denen mehr als die Hälfte der Mitglieder angehörte. Ihnen standen nur noch wenige Jahre ihres Arbeitslebens bevor. 37 Gründer waren 1990, in der beginnenden Veränderung der Akademie, noch nicht 65 Jahre, nur 12 waren bereits Emeriti oder Rentner. Dieses Bild änderte sich rasch. 1993, im Jahr der Vereinsgründung, waren nur noch 18 Mitglieder im Arbeitsalter, 31 schon im Emeriti- bzw. Rentnerstand. Die Emeriti hatten die Höhepunkte ihrer wissenschaftlichen Karriere hinter

sich und waren zumeist in den Endphasen ihrer Arbeitsbiographie. Von den noch im Arbeitsalter stehenden Mitgliedern waren die meisten evaluiert und abgewickelt oder entlassen, sie hatten aus Alters- und aus politischen Gründen geringe Aussicht auf Weiterbeschäftigung, nur wenigen boten sich Möglichkeiten, weiter in wissenschaftlichen Einrichtungen oder in deren Auftrag wissenschaftlich zu arbeiten. Alle waren vom Bruch in der Wendezeit radikal betroffen und die meisten gegen ihren Willen aus dem aktuellen Wissenschaftsbetrieb entfernt.

Ein Indikator zur Kennzeichnung der Gründergeneration ist auch der Zeitpunkt der Wahl zum Akademiemitglied. Sie erfolgte bei der Mehrzahl (34 von 49) der Gründer in den Jahren 1969 bis 1978. Sie gehörten demnach in der Regel der Generation an, die während oder nach der Akademiereform von 1968/69 in das akademische Leben aufgenommen wurde und es danach weitgehend geprägt hat. Es war der damalige Zustrom frischer Kräfte in die altehrwürdige Gelehrtenengesellschaft, sie gehörten zu der

wissenschaftlichen Garde, die den damals fälligen Generationswechsel und die strukturelle Umgestaltung vollzog, die die AdW zur sozialistischen Forschungsakademie ausbauen sollte.

Diese Feststellung ist insofern von Interesse, als demnach nur noch vier Gründer mit den Akademie-Gepflogenheiten der Gemeinschaft der Gelehrten vor der Akademiereform von 1969 aus eigenem Erleben vertraut waren: Ernst

Engelberg und Friedrich Jung waren 1961 zur DAW gewählt, Georg Knepler 1964 und Helmut Koziolk 1965. Alle anderen hatten die vorreformatorischen Rituale und die früher andere und stärkere Stellung von Plenum und Klassen in der Akademie nicht selbst erfahren. Andererseits hatten die bei der letzten Wahl im Jahre 1990 gewählten Karl-Heinz Bernhardt, Wolfgang Küttler und Ulrich Röseberg die akademischen Gepflogenheiten überhaupt erst in der Umbruchzeit 1990 bis 1992 erleben können.

Die disziplinäre Fächeraufteilung der Gründungsmitglieder entsprach der gewohnten akademischen Vielfalt der Disziplinen. Das Verhältnis von Natur- und Geisteswissenschaften war annähernd ausgeglichen. Vertreten waren 25 Naturwissenschaftler, darunter sieben Physiker, sechs Chemiker und fünf Medizin- und Biowissenschaftler, und 24 Sozial- und Geisteswissenschaftler, darunter acht Ökonomen, fünf Historiker, drei Rechtswissenschaftler und drei Philosophen. Obwohl eine kritische Durchsicht und Wertung des Fächerprofils nicht vorliegt, wird sichtbar, dass hier im Wesentlichen traditionelle und konventionelle Fächer vertreten waren. Es war zudem keineswegs eingetreten, was politische Beobachter vermutet hatten - Vertreter der als ideologie- und staatsnah angesehenen Disziplinen der Geistes- und Sozialwissenschaften überwogen in der Mitgliedschaft nicht.

Zur früheren Stellung der Gründungsmitglieder im Wissenschaftssystem der DDR liegt keine zusammenfassende Aussage vor. Man darf aber davon ausgehen, dass nur ein geringer Teil der Gründer nicht in höheren Stufen der Hierarchie des Wissenschaftssystems der DDR oder in wissenschaftsleitenden Positionen ihres beruflichen Umfelds tätig war. Einen gewissen Anhaltspunkt dafür gibt ein Vergleich der Gründer mit der personellen Besetzung der AdW-Leitungsorgane in den Jahren 1989 und 1990. Dem Führungsgremium der Akademie, dem Präsidium, gehörten im Jahre 1989 25 Akademiemitglieder an. Von ihnen waren sieben auf der Gründungsversammlung der Sozietät anwesend und traten ihr bei. Unter den Gründern befanden sich weiterhin zehn der 56 Institutsdirektoren und etwa ein Dutzend der nahezu 250 Bereichsleiter, die im Akademiejahrbuch 1989 aufgeführt sind.¹² Neun Gründer standen 1989 (den insgesamt 16) Wissenschaftlichen Räten der DDR-Forschungsprogramme vor. Sicher ist auch, dass die zwölf Emeriti des Jahres 1990 bereits ähnlich leitende Karrieren im Wissenschaftsbereich der DDR hinter sich hatten, wie etwa Ernst Engelberg als Institutsdirektor, Friedrich Jung als Institutsdirektor und langjähriges Mitglied des Forschungsrates der DDR, Helmut Koziolk als langjähriger Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschaftsführung beim Zentralkomitee der SED oder Georg Knepler als Rektor der

Hochschule für Musik Berlin und Institutsdirektor an der Humboldt-Universität.

Weiterer Zustrom

Die Gründung wurde von vielen Akademiemitgliedern als erstes Aufatmen nach den langen Monaten der Orientierungslosigkeit, nach Resignation und Pessimismus empfunden. Der radikale und brachiale Bruch von Tradition und Institution schien ihnen nicht mehr total. Nach den Widrigkeiten von Evaluation, Abwicklung, Entlassung und Arbeitslosigkeit bot die Gründung eine hoffnungsvolle Möglichkeit der wissenschaftlichen Weiterexistenz in einem vertrauten Rahmen. Ein neuer Anfang schien möglich. Die Sozietät gab, wie es in der Erklärung des Vorstands der Sozietät zum fünfjährigen Bestehen der Leibniz-Sozietät hieß, „den an den sozialen Rand gedrängten, abgewickelten und diskriminierten Akademikern der DDR Gelegenheit zur Präsentation und Diskussion ihrer wissenschaftlichen Erkenntnisse und Arbeitsergebnisse“.¹³

Die Gründung im April löste einen Zustrom weiterer Akademiemitglieder zur Leibniz-Sozietät aus. Bis zum Leibniz-Tag am 1. Juli 1993 waren weitere 34 Mitglieder dem Verein beigetreten, unter ihnen auch jene, die schon in der Briefaktion und bei anderer Gelegenheit ihre Bereitschaft zur Mitgliedschaft erklärt hatten, aber auf der Gründungsversammlung nicht anwesend sein konnten. Am Jahresende hatte die neue Sozietät 104 Mitglieder.

Im November 1993 wandten sich Präsident Rapoport und Vizepräsident Engelberg in einer zweiten Briefaktion mit einem von Eichhorn entworfenen Schreiben nochmals an alle inländischen Akademiemitglieder. Darin wurde über die Gründung der Sozietät, ihren gewählten Vorstand und die inzwischen durchgeführten wissenschaftlichen Veranstaltungen informiert und auf die Fortsetzung der Traditionslinie der von Leibniz herkommenden Gelehrtensozietät hingewiesen. Weiterhin wurde eine Publikation der wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse in Aussicht gestellt und das Angebot auf Mitgliedschaft in dem neuen Verein erneuert. Auf der Vorstandssitzung im Januar 1994 resümierte Eichhorn diese zweite Briefaktion. Danach wurden 153 Briefe verschickt. 36 Mitglieder antworteten, 11 Schreiben waren nicht zustellbar. Als Ergebnis der Aktion erklärten weitere 13 Akademiemitglieder ihren Eintritt.

Wenig später informierte Rapoport auch die Auswärtigen Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der DDR. In einem Brief beschrieb er die seit 1989 vorgegangenen Veränderungen, die Auflösung der Forschungseinrichtungen der Akademie, den Verlust des Vermögens der Gelehrtensozietät und wies auf die Mitteilung der Berliner Wissenschaftsverwaltung über ein angebliches Erlöschen der Mitgliedschaft in der Gelehrtensozietät hin. Rapoport

¹² Präsidiumsmitglieder auf der Gründungsversammlung waren: Werner Scheler, Claus Grote, Heinz Kautzleben, Wolfgang Böhme, Helmut Koziolk, Karl Lanius, Werner Kalweit

¹³ Die Erklärung vom April 1998 ist abgedruckt in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, 19(1997), S. 202..

distanzierte sich nachdrücklich von dem „befremdlichen Schreiben der Berliner Senatsverwaltung, in dem Ihnen eröffnet wurde, dass die akademische Gelehrtensozietät beendet und Ihre Mitgliedschaft erloschen sei“. Das Schreiben sei rechtswidrig und ein grober Verstoß gegen den Respekt, den die Auswärtigen Mitglieder auf Grund ihrer Leistungen und ihres Ansehens beanspruchen dürften. Er teilte die Gründung der Leibniz-Sozietät mit und bot weitere wissenschaftliche Zusammenarbeit an. Auf dem Leibniz-Tag 1995 berichtete Rapoport, dass vier Auswärtige Mitglieder ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in der Leibniz-Sozietät erklärt hatten, andere Befremden und Empörung über den Brief des Berliner Wissenschaftssenators Erhardt äußerten (Rapoport 1995a: 120).

Die neuen Beitritte änderte die Grundstruktur der Mitgliedschaft in der Leibniz-Sozietät nicht wesentlich. Weder im Alter noch in ihrer wissenschaftlichen und wissenschaftspolitischen Vita waren sie anders einzuordnen als die ersten 49 Gründungsmitglieder. Das Durchschnittsalter betrug nunmehr 64,9 Jahre (Steiger 2000). Bis zum Jahresende waren 16 frühere Präsidiumsmitglieder und 17 Institutsdirektoren Mitglieder der Sozietät geworden. Zwölf jetzige Sozietätsmitglieder hatten 1990 an der Arbeit des Runden Tisches der AdW teilgenommen und waren nach Bildung der neuen, demokratisch legitimierten Leitungsorgane Senat und Vorstand der Forschungsgemeinschaft Mitte 1990 Mitglieder in diesen Gremien.

Ende 1993 zeigte sich, dass das Reservoir der Akademiemitgliedschaft für die Leibniz-Sozietät weitgehend ausgeschöpft war. In den folgenden Jahren bis 1998 traten nur noch wenige Akademiemitglieder der Sozietät bei. Insgesamt fanden bis 2002 120 Mitglieder der AdW den Weg in die Leibniz-Sozietät¹⁴

Risiken und Probleme

Neben den ungemein schwierigen materiellen und Sachvoraussetzungen, auf die noch eingegangen wird, boten die politische Herkunft und die beschriebene Struktur der Mitgliedschaft in dieser Konstellation für den anvisierten Zweck des neuen Vereins eine Reihe von Unwägbarkeiten und Risiken, die den Start belasteten konnten. Es war weitgehend ungewiss, ob eine langfristig gesicherte wissenschaftliche Arbeit über einen Anlaufferfolg hinaus möglich war und ob die Mitglieder in der Lage waren, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen.

Obwohl die Sozietät sich deutlich und schon früh für die Verfolgung ihrer wissenschaftlichen Absichten als alleinigen Zweck ihrer Vereinigung, für Staats- und Politikferne und nicht für die Konfrontation mit der politischen Öffentlichkeit entschlossen hatte, wurde sie von außen nicht als wissenschaftliche Vereinigung wahrgenommen, sondern unterlag dem öffentlichen politischen Verdikt einer aus der

DDR überkommenen Einrichtung, zumal einer, die sich nicht unter die Tutorenschaft westlicher Berater begeben hatte. Der Verein als Ansammlung früherer Funktionsträger der zerschlagenen DDR-Wissenschaft musste damit rechnen, jederzeit in die tagespolitische Diffamierung der DDR-Vergangenheit hineingezogen zu werden.

Besonders ausgeprägt war diese ablehnende Haltung im parlamentarischen Raum in Berlin, wie bereits weiter oben angedeutet. Das Land hatte inzwischen mit der Konstituierung der BBAW eine neue Akademie auf den Wendetrümmern von zwei vormals intakten Wissenschaftsakademien geschaffen und begegnete den existierenden Restbeständen der ungeliebten Gelehrtensozietät der DDR-Akademie in der Regel abweisend bis feindlich.¹⁵ Auch das wissenschaftliche Establishment in der Stadt und die großen bundesweiten Wissenschaftsorganisationen der Allianz hatten keine wesentlich andere Sicht auf die Sozietät. Unterstützung oder infrastrukturelle Kooperation waren weder von ihnen noch vom Land Berlin zu erwarten.

Neben den politischen und wissenschaftspolitischen Aspekten waren es vor allem finanzielle und soziale Fragen, die das Vereinsleben zu belasten drohten. Mit dem Wegfall des öffentlich-rechtlichen Status entfiel auch eine finanzielle Verpflichtung des Landes Berlin gegenüber der Gelehrtensozietät. Die Sozietät war keine Einrichtung des Landes. Auf den nahezu völligen Verlust von Ressourcen und Hinterland, auf das sich die bisherige wissenschaftliche Daseinsweise der Akademiemitglieder gestützt hatte, wurde bereits hingewiesen.

Doch es war nicht nur die Trennung von Vermögen, Gebäuden und Arbeitsmitteln der Gelehrtensozietät, so schwer dies auch wog. Bis auf Reste waren mit der Liquidierung des DDR-Wissenschaftssystems nach Artikel 38 des Einigungsvertrages das gesamte Beziehungsgefüge und die informellen Netzwerke weggebrochen, in dem die Akademiemitglieder bisher als Wissenschaftler, als Wissenschaftsorganisatoren und auch als Wissenschaftspolitiker gewirkt hatten. Dazu gehörten auch die fremden rechtlichen Rahmenbedingungen und die Konfrontation mit dem föderalen System der Bundesrepublik und dessen ihnen weitgehend unbekanntem Denkfingern. Hinzu kam, dass sie von verantwortlichen Positionen in wissenschaftsleitenden Gremien von Land, Bund und Allianz so gut wie ausgeschlossen waren und somit weder an den konzeptionellen Überlegungen noch an den Veränderungen oder gar Entscheidungen im Wissenschaftsbereich der nächsten Jahre teilhaben konnten. Die Zukunft in der Wissenschaft schien ihnen verschlossen.

Nicht zuletzt war es die Begegnung mit dem bundesdeutschen Vereinsrecht, das von den Mitgliedern eines Vereins Pflichten forderte, die den Mitgliedern einer Akademie

14 Nach Angaben von Klaus Peter Steiger

15 Diese Problematik wird hier nicht weiter verfolgt. S. dazu auch: Klinkmann/Wöltge 1999.; s.a. Walther 2005: 115-134)

– zumal einer DDR-Akademie - ungewohnt bis unbekannt waren. Die neuen praktischen und individuell unbequemen Anforderungen, mit denen sie sich hier konfrontiert sahen, waren in den bisherigen Persönlichkeitsprofilen der Gelehrten im Normalfall nicht angelegt. Der in der DDR sozialisierte Spitzenwissenschaftler war in der Regel nicht gewohnt, nichtwissenschaftliche logistische, organisatorische und andere Erhaltungsarbeiten selbst zu verrichten, sofern sie nicht mit dem eigenen wissenschaftlichen Vorhaben oder mit der Publikation ihrer Ergebnisse verbunden waren. Die neuartige Situation verlangte von ihm, solche Tätigkeiten nunmehr ohne Mitarbeiterstab selbst zu übernehmen, Arbeiten, die die Zeit für Forschung auf für ihn ärgerliche Weise beschneidete.

Die Entwicklung der Sozietät zeigte, dass sich die meisten nur schwer auf diese neuen Bedingungen einzustellen

vermochten. Insofern war es eine entscheidende Frage, ob es gelingen würde, ohne fremde Hilfe in der Lage zu sein, dem eigenen wissenschaftlichen Anspruch eine infrastrukturelle organisatorische Grundlage zu geben. Es gehört zweifellos zu den großen Leistungen der Sozietät in der Amtszeit von Rapoport, dass es gelang, diese Infrastruktur aufzubauen und den wissenschaftlichen Anspruch wenigstens zum Teil zu sichern. Allerdings lag die Organisations- und Verwaltungsarbeit, ohne die die Sozietät nicht hätte existieren können, auf den Schultern einer minimalen Gruppe von dafür ehrenamtlich tätigen Mitgliedern und Beratern, die – anders als die Mehrheit der Mitglieder – sich dafür entschieden hatten, für die Zeit dieser Ausübung ihre wissenschaftliche Arbeit und beruflichen Ambitionen weitgehend ruhen zu lassen.

II. Aus der Amtszeit von Präsident Rapoport. Längsschnitte

Samuel Mitja Rapoport war Präsident der Leibniz-Sozietät vom 15. April 1993 bis 15. Oktober 1998. In seiner Amtszeit konsolidierte sich die Leibniz-Sozietät als eigenständige Gemeinschaft von Wissenschaftlern. In ihrer personellen Kontinuität unbestritten auf die Leibnizsche Gründung zurückgehend, sah sie sich als fortgeführte Gelehrtensozietät der Gelehrtenengesellschaft der AdW, an deren Traditionen und Arbeitsformen sie anknüpfte, als Wissenschaftsakademie, die von ihrem Mitglied Hermann Klenner später als *Akademie sui generis* bezeichnet wurde.

Dieses Generalcredo soll anhand einiger wesentlicher Arbeitsfelder der Entwicklung des Vereins in dieser Zeit

raum längsschnittartig dargestellt werden. Betrachtet werden – unter vorwiegend strukturellen Aspekten – vor allem die wissenschaftlichen Aktivitäten von Plenum und Klassen, die Mitgliederentwicklung und die Entwicklung der inneren Organisationsgrundlagen der Sozietät. Zum Verständnis hilfreich ist auch ein Blick auf die äußeren Bedingungen ihrer Existenz und auf ihre Publikations-tätigkeit.

Schließlich gehören zu den Längsschnitten auch Aussagen über das Bemühen der Sozietät, sich über sich selbst und ihren Platz in der heutigen Wissenschaftslandschaft Klarheit zu verschaffen.

Plenum und Klassen - Vortragstätigkeit und Vortragende

Der Austausch und der Disput der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Meinungen ihrer Mitglieder in den Sitzungen von Plenum und Klassen war wie bisher und wie bei den meisten anderen Akademien der traditionelle Kernbereich der Tätigkeit der Leibniz-Sozietät. Die Veranstaltungen fanden, ungeachtet vieler organisatorischer und finanzieller Schwierigkeiten, wie gewohnt regelmäßig jeden Monat statt. Bis Mitte 1993 gab es nur Plenarveranstaltungen, doch mit dem Anwachsen der Mitgliederzahl war man wieder in der Lage, wieder in Klassen zu tagen. Im September 1993 beschloss die Geschäftssitzung, zwei

Arbeitsgruppen (Klassen) zu bilden. Der Beschluss wies den Klassen die Aufgabe zu, Arbeitstagungen zu den in der Klasse vertretenen Wissenschaftsdisziplinen zu organisieren, Vorschläge für die Themen der Plenartagungen zu unterbreiten und neue Mitglieder zu gewinnen.

Zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Sozial- und Geisteswissenschaften wählte das Plenum den Altphilologen und Graezisten Johannes Irmischer (Mitglied der AdW seit 1973), zu seinem Stellvertreter den Historiker und Archäologen Joachim Herrmann (seit 1972). Vorsitzender der Arbeitsgruppe Naturwissenschaften wurde der Physiker

Karl Lanus (seit 1969), sein Stellvertreter der Meteorologe Karl-Heinz Bernhardt (seit 1990).

Plenum und Klassen entfalteten in den Jahren eine relativ breite Vortragstätigkeit. Von September 1992, dem Beginn der Zusammenkünfte der exilierten Akademiemitglieder, bis Oktober 1998, dem Antritt von Herbert Hörz als Nachfolger von Rapoport, gab es in den Plenarveranstaltungen 60 Vorträge (einschliesslich der Festvorträge zu den Leibniz-Tagen), in den Klassen 96, insgesamt 156.

Das Vortragsangebot und die Gewinnung von Referenten waren Sache der Klassen. Der jeweilige Plan der Vortragstätigkeit baute auf den Vorschlägen der Mitglieder auf, die vor allem Ergebnisse oder Zwischenergebnisse der eigenen Forschungstätigkeit zur Diskussion stellten oder Fachkollegen als Gastreferenten vorschlugen. Vorträge aus übergeordneten wissenschaftspolitischen Überlegungen heraus wurden zunächst kaum angeboten.

Die disziplinäre Verteilung der Vorträge wurde bisher nicht analysiert, wie überhaupt die Analyse der eigenen Tätigkeit kein Hauptbestandteil der Arbeit der Sozietät war. Eine oberflächliche Zählung der Vorträge ergibt, dass Themen der Philosophie, Philosophiegeschichte und Politikwissenschaft (26), der Geschichtswissenschaften (26) und der Wirtschaftswissenschaften (13) überwogen. Andere traditionelle Disziplinen wie Sprachwissenschaft, Rechtswissenschaft, Pädagogik oder Kunstwissenschaft waren schwächer vertreten. Bei den Naturwissenschaften dominierten Biowissenschaften und Medizin (23) vor Physik (13) und Chemie (13), ihnen folgten Geowissenschaften und Meteorologie. Zum Thema Globaler Wandel, einem interdisziplinär angelegten Schwerpunktvorhaben der Sozietät in den ersten Jahren, wurden zehn Vorträge aus naturwissenschaftlichen und gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen gehalten.

Nicht gesondert berücksichtigt sind hier die wissenschaftshistorischen und akademiehistorischen Themen, die einen vorderen Platz in der Vortragstätigkeit einnahmen. Zweifellos nahm die Akademiegeschichte aus guten Gründen wegen der Verankerung des Gegenwartsanspruchs der Leibniz-Sozietät in Vergangenheit und Tradition der alten Akademie schon früh eine Sonderstellung ein. Mit Conrad Grau und Hubert Laitko wurden 1994 international anerkannte Kenner der Berliner Akademiegeschichte ausgewählt, doch auch bei vielen anderen Mitgliedern bestand ein starkes Interesse an akademiehistorischen Fragen. Die Sozietät war außerdem nur noch wenig von einem der bedeutendsten Jubiläen in der deutschen Akademiegeschichte, dem 300. Jahrestag der Gründung der Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften durch Leibniz, entfernt und versuchte, mit ihren beschränkten Möglichkeiten auf das Jubiläumsjahr 2000 vorzubereiten. Das Jubiläum bot Anlass, sich der Geschichte der Akademie auch in den zurückliegenden Jahrzehnten seit ihrer Wiedereröffnung 1946 zu erinnern und zu ihrer Entwicklung in der DDR Stellung zu nehmen. Neben Vorträgen in Plenar- und Klassensitzungen fanden in der Amtszeit von Rapo-

port mehrere Kolloquien zu akademiehistorischen Fragen statt, die stark von Zeitzeugen geprägt waren: 1994 das Kolloquium Akademiegedanke und Forschungsorganisation im 20. Jahrhundert; 1996 Die Berliner Akademie 1945 bis 1950; und 1998 Die Berliner Akademie von 1950 bis 1972.

Kolloquia organisierte die Sozietät neben den Vorträgen in Plenum und Klassen schon relativ früh. Sie boten die Möglichkeit, einen größeren Kreis von Wissenschaftlern außerhalb der Sozietät als Vortragende einzubeziehen. 1994 fand das erste Kolloquium statt. Bis September 1998 gab es weitere neun Kolloquia, acht zu sozial- und geisteswissenschaftlichen Themen, eines mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung. Von den sozial- und geisteswissenschaftlichen Kolloquia befassten sich sieben mit historischen Themen, davon wiederum drei mit Akademiegeschichte. Auf den zehn Kolloquia wurden insgesamt rund 90 Vorträge gehalten.

Höhepunkt des wissenschaftlichen und Gemeinschaftslebens der Leibniz-Sozietät wurden wie bisher die Leibniz-Tage, die nach dem traditionellen Zeremoniell abliefen und jeweils einen wissenschaftlichen Festvortrag enthielten.

Vortragende in Plenum und Klassen waren anfangs durchaus nicht nur die Akademiemitglieder. Schon der Vortragende im September 1992, der Wissenschaftsphilosoph Rolf Löther, war kein Akademiemitglied (er wurde 1997 Mitglied der Sozietät). 1993 bestritten die Akademiemitglieder 12 von 16 Vorträgen, doch dieses Verhältnis veränderte sich rasch zugunsten von Gastreferenten. 1994 hielten die Akademiemitglieder noch knapp die Hälfte (15 von 30) aller Vorträge, 1997 nur noch vier von 28. 1998 wuchs der Anteil der Akademiemitglieder an den Vorträgen vorübergehend wieder an – eine Tendenz, die sich in den folgenden Jahren nicht fortsetzte. Von den Gastreferenten wurden im Laufe der Zeit nicht wenige zu Mitgliedern der Leibniz-Sozietät gewählt. In den Kolloquia war von vornherein ein höherer Anteil von Gastreferenten zu erwarten, hier betrug der Anteil der Akademiemitglieder rund 30%.

In diesen Relationen spiegelte sich zweifellos die Tatsache, dass der Vorrat an neuesten eigenen Forschungsergebnissen zunächst noch für die Mitteilung in den Sitzungen ausreichte, danach aber erst wieder neu erarbeitet werden musste, was in der neuen Situation infolge der relativen Isolation von den ergebnisproduzierenden und richtunggebenden Gruppen und Netzwerken in der neuen Wissenschaftslandschaft immer schwieriger wurde. Es fällt hier auch ins Gewicht, dass schon seit Herbst 1990 bis Sommer 1992 infolge der desaströsen Entwicklungen an den Forschungsstätten wenig geforscht wurde und nun aus dem Wissens- und Erkenntnisvorrat gezehrt wurde, der vor 1990 entstand, also Ergebnisse aus der ersten Reihe der Forschung immer weniger zu erwarten waren.

Über die Teilnehmerzahlen und die Zusammensetzung des jeweiligen Auditoriums liegen keine gesicherten Aussagen vor. Zwar wurden meist Anwesenheitslisten angefertigt, doch sie sind bisher nicht ausgewertet. Man darf aber davon ausgehen, dass in den Klassensitzungen schätzungsweise jeweils zwischen 10 und 30 – gelegentlich darüber und bei den Sozial- und Geisteswissenschaftlern meist mehr – Teilnehmer anwesend waren, bei den Sitzungen des Plenums zwischen 30 und 50, manchmal darüber. Wie sich die Anwesenheit auf Gäste und Sozietätsmitglieder verteilte, bleibt offen, ebenso Fragen nach den Gründen von Teilnahme/Nichtteilnahme der Mitglieder an den Veranstaltungen, obwohl die Debatten darüber immer wieder aufbrachen, etwa über den für ungünstig gehaltenen Donnerstag-Veranstaltungstag oder über die Gefahr einer zu großen territorialen Berlin-Lastigkeit der Sitzungen und überhaupt der Arbeit der Sozietät.

Die Mitglieder

Wie erinnerlich war der Verein im April 1993 mit 49 Mitgliedern ins Leben getreten, am Ende des Jahres 1993 hatte er 104 Mitglieder. Als Rapoport sein Präsidentenamt abgab, waren es 183. Eine weitere Zunahme war abzu sehen und gewollt.

Der Zuwachs erfolgte, wie seit Jahrhunderten in der Akademie üblich, durch Zuwahl nach den bisherigen strengen akademiegemäßen Kriterien. Doch in den politischen Wirren der Wendejahre waren keine Zuwahlen mehr erfolgt. Die letzten Zuwahlen in der (damals noch) Gelehrten-gesellschaft der AdW waren im Mai 1990.

Schon in der Vorbereitung der Vereinsgründung, in der sich die Mitglieder entschlossen, ihre Tätigkeit in neuer Rechtsform weiterzuführen, hatten sie sich mit großem Nachdruck dafür ausgesprochen, diesem Prinzip der Erneuerung des Mitgliederkorpus weiter zu folgen. Vereinsrechtlich bot dieses Prinzip gewisse Schwierigkeiten, da der Eintritt in einen Verein im Normalfall eine freie Entscheidung des Eintrittswilligen war, wenngleich die Aufnahme jeweils definierten Bestimmungen unterlag. In die Sozietät konnte man aber nicht aus freien Stücken eintreten, sondern wurde nach besonderen vereinsinternen Kriterien benannt und dann von den Mitgliedern gewählt. Erst nach mehreren Anläufen gelang eine Formulierung, die auch die amtsgerichtliche Billigung fand. In vereinsrechtlicher Sprache hieß es in §5(1) des Statuts der Sozietät: „Im Interesse der wissenschaftlichen Dignität der von der Leibniz-Sozietät für die Allgemeinheit zu leistenden Arbeit werden durch Beschluss der Mitgliederversammlung als Mitglieder der Leibniz-Sozietät e.V. Persönlichkeiten eingeladen, die auf ihrem Fachgebiet hervorragende Leistungen vollbringen.“¹⁶

Die Kolloquia waren generell besser besucht, aber auch hier fehlen genauere Angaben und Analysen.

Wie die wissenschaftliche Arbeit von ihrem Inhalt und ihrer wissenschaftspolitischen Aktualität her zu bewerten ist, bleibt offen und wird auch hier nicht Gegenstand der Darstellung sein. Die Sozietät zeigte wenig Neigung zu einer Eigenanalyse ihres wissenschaftlichen Niveaus, zumindest war ein spürbares Interesse daran über die Jahre hinweg nicht erkennbar. Auf diese Weise kamen kaum eine brauchbare Bewertung der wissenschaftlichen Originalität des Vorgetragenen und keine Aussagen im Vergleich zur übrigen Wissenschaftsentwicklung zustande. So blieb auch offen, in welchem Maße die Sozietät, wie im Vortext der Sitzungsberichte als ihr Anliegen ausgeführt, „durch ihre Tätigkeit einen angemessenen Beitrag zum geistigen Leben in unserer Zeit“ geleistet hat.

Die Zuwahl geschah nach den dafür vorgesehenen Ritualen. Der Kandidat/die Kandidatin mussten von zwei Mitgliedern mit schriftlichen Begründungen vorgeschlagen werden, sie hatten ihre wissenschaftliche Vita und den Nachweis ihrer wissenschaftlichen Qualität vorzulegen und sich nach Möglichkeit mit einem Vortrag in der Klasse vorzustellen. Danach konnte sie die Klasse für die geheime Wahl im Plenum vorschlagen. Gewählt wurde in einer gesonderten Geschäftssitzung, deren Ergebnisse jeweils zum Leibniz-Tag bekannt gegeben wurden.

Mit der Zuwahl hatte die Leibniz-Sozietät die Möglichkeit, zwei für ihre weitere Existenz entscheidende Probleme anzugehen. Sie konnte den altersstrukturellen Gefahren für die Sozietät entgegentreten und den absehbaren Altersanstieg dämpfen. Und sie konnte über die neuen Mitglieder zugleich Tuchfühlung zu modernen Wissenschaftsentwicklungen behalten.

Beide Aspekte waren essenzieller Art. Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft von 64,9 Jahren (1993) war zwar eine an sich nicht ungewöhnliche Größe bei Akademien, da deren Mitglieder in den meisten Fällen erst in oder am Ende ihrer Reifephase für ihr wissenschaftliches Gesamtwerk in die Akademie gewählt waren. Doch es war auszurechnen, in welchem Zeitraum sich der Mitgliederstamm von 1993 zu einer aus biologischen Gründen nicht mehr voll arbeitsfähigen Gelehrten-gemeinschaft entwickeln würde. Entscheidend für den Fortbestand war, wie es gelingen würde, jüngere Wissenschaftler in das Sozietätsgeschehen einzuführen. Aus den Reihen der bislang nicht der Leibniz-Sozietät beigetretenen Akademiemitglieder

¹⁶ Statut in der Fassung vom 11.01. 2007. In der von der Gründungsversammlung am 15. 4. 1993 angenommenen Statut hieß es

in §4: „(1) Mitglieder können Wissenschaftler werden, die nach Persönlichkeit und wissenschaftlicher Leistung Wissenschaft und Forschung maßgeblich bereichern. (2) Die Mitgliedschaft wird Wissenschaftlern gem. §4 Ziffer 1 durch Beschluss der Mitgliederversammlung angetragen

war hier kaum Entlastung zu erwarten, zumal dieses personelle Reservoir für die Leibniz-Sozietät, wie oben bereits erwähnt, gegen Jahresende 1993 ausgeschöpft war.

Ebenso wichtig war die Gewinnung von neuen Mitgliedern unter dem Gesichtspunkt, den Kontakt zu neuen wissenschaftlichen Entwicklungen in den Disziplinen und zu den Institutionen der sich außerhalb der Sozietät entwickelnden Wissenschaftslandschaft in Deutschland zu behalten. Die Basis, aus der heraus sich bisher die Mitgliedschaft der Gelehrtenegesellschaft bisher regeneriert hatte, war nicht mehr vorhanden. Das Wissenschaftssystem der DDR war verschwunden und mit ihm das institutionelle und informelle Beziehungsgefüge, aus dem sich die Spitzen rekrutiert hatten. Die meisten Gründungsmitglieder waren nicht mehr in laufende Forschungsprozesse eingebunden und standen außerhalb der Netzwerke der etablierten wissenschaftlichen Einrichtungen. Dazu kam, dass für sie seit 1990 in den forschungsleitenden und wissenschaftspolitisch entscheidenden Gremien kein Platz war, weder in den Ländern noch in den Gremien der großen Wissenschaftsorganisationen.

So war es für die Sozietät von wesentlicher Bedeutung, dass die den äußeren Umständen geschuldete dreijährige Zuwahlpause beendet und die traditionelle Zuwahl 1994 wieder aufgenommen wurde. Vorschlagsberechtigt waren alle Mitglieder. Gesichtspunkte dafür sollten sein: Jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die bereits früher Kandidaten für die Akademiemitgliedschaft waren oder hätten sein müssen, Wissenschaftler aus den alten Bundesländern und dem Land Brandenburg und solche, die durch ihre Forschungen die Kontinuität der akademischen Tradition verkörpern. Die Klassen schlugen 13 Kandidaten vor, die auf der Geschäftssitzung am 13. Mai 1994 zu Sozietätsmitgliedern gewählt wurden. Sie stellten sich auf dem Leibniz-Tag 1994 mit einer kurzen persönlichen Erklärung vor. In den Folgejahren wurden jeweils 18 bis 20 neue Mitglieder gewählt.

Die neuen Mitglieder kamen vorwiegend aus der abgewickelten Wissenschaftsszenarie der DDR-Institute. Diese bot noch eine Zeitlang ein ausreichendes Reservoir an Spitzenforschern, die den vorgegebenen Kriterien entsprachen und von denen eine Bereicherung des wissenschaftlichen Lebens der Sozietät zu erwarten war. Hier hatten die vorschlagenden Sozietätsmitglieder sowohl ausreichend Kenntnisse der wissenschaftlichen Leistung als auch persönliche Beurteilungsmöglichkeiten der in Betracht gezogenen Kandidaten. Die Mitglieder nahmen ihre Vorschläge zunächst aus dem Bereich ihres Faches, also ihnen bekannte und von ihnen geschätzte Fachkollegen. So war es nicht verwunderlich, dass in der Verfolgung von Gruppeninteressen, die aus früheren Netzwerken resultierten, vor allem die in der Sozietät ohnehin gut vertretenen Disziplinen weiter anwuchsen, etwa bei den Historikern, den Ökonomen, in Chemie, Physik und in den Biowissenschaften/Medizin.

Die Sozietät hatte, in der AdW-Tradition stehend und an ihre 1969 aufgegebenen gesamtdeutschen Ambitionen anknüpfend, keine regionale Begrenzung ihrer Mitgliedschaft, weder national noch international, im Unterschied zu den meisten deutschen wissenschaftlichen Akademien, deren Einzugsgebiet regional begrenzt war. Vereinsrechtlich stand dem überhaupt nichts im Wege, bundesweit tätig zu werden und neue Mitglieder auch in den alten Bundesländern zu gewinnen. Das aber gelang – disziplinar unterschiedlich – nur in bescheidenem Umfang. Unter den 87 Zugewählten der Jahre bis 1998 befanden sich elf Wissenschaftler aus den alten Bundesländern und sieben aus dem Ausland. Ihre Zahl blieb unter zehn Prozent der Mitgliedschaft. Die Mehrheit der Mitglieder war weiter in den Ländern Berlin und Brandenburg ansässig.

Neben der Zuwahl gab es einige Jahre auch den Status eines Ständigen Gastes der Leibniz-Sozietät, der im Vorfeld der Vereinsbildung eine Rolle spielte und danach häufig Beratungsgegenstand im Vorstand war. Er wurde etwa vierzig Wissenschaftlern zugesprochen, mit ihm sollten Kandidaten für eine Zuwahl vorgehalten werden. Die Ständigen Gäste waren in die Vereinsangelegenheiten einbezogen, erhielten alle Rechte und Pflichten außer dem Wahlrecht, wurden mit Informationen und Einladungen zu den Veranstaltungen versorgt und hatten einen Beitrag zu entrichten. 1998 rückte der Vorstand von dieser Praxis wieder ab, nachdem mit der Zeit immer stärkere Bedenken gegen diese Form der Vor-Mitgliedschaft oder Partnerschaft entstanden waren. Viele Gäste waren inzwischen ohnehin als Mitglied aufgenommen worden, die Veranstaltungsteilnahme war längst kein Privileg mehr, da alle wissenschaftlichen Veranstaltungen für jedermann zugänglich waren.

Erst in späteren Jahren und zögernd setzte sich das Bedürfnis durch, über die bisherigen, relativ spontan verwendeten Kriterien hinaus die Zuwahlen stärker nach Aspekten zu gestalten, die den Gesamtinteressen der Sozietät besser entsprachen, also eine Zuwahlpolitik zu betreiben, die über die individuellen Vorschläge der Mitglieder zu möglichen Kandidaten hinausging und mit limitierenden Kriterien anderen Erfordernissen Rechnung tragen sollte: etwa Alter, Geschlecht und Fächerverteilung. Insbesondere hatte sich bemerkbar gemacht, dass es trotz fester Absicht nicht gelang, den Anteil von Frauen an der Mitgliedschaft nennenswert zu erhöhen. Auch die Verjüngung des Mitgliederbestandes erwies sich als außerordentlich schwierig. Da viele Mitglieder keine oder nur noch beiläufige Verbindungen zu Universitäten und Instituten hatten, waren auch die Möglichkeiten, auf jüngere Fachkollegen im direkten Wissenschaftsbetrieb aufmerksam zu werden und diese an die Sozietät heranzuführen, vielfach eingeschränkt. Es kam hinzu, dass in der öffentlichen Wahrnehmung eine Mitgliedschaft in der Leibniz-Sozietät durchaus nicht als karrierefördernd angesehen wurde und deshalb die Gewinnung von Mitgliedern aus anderen wissenschaftlichen Milieus schwierig blieb. Der Prozess der Überalterung konnte nur geringfügig

verlangsamt werden. Die auf Berechnungen von Klaus-Peter Steiger aus dem Jahre 2000 basierenden Angaben weisen aus, dass das durchschnittliche Alter von 64,9 (1993) auf 66,2 (1998) stieg und damit weniger stark als zu erwarten war. Die Gefahr der weiteren Veralterung begleitete die Sozietät jedoch als Problem bis in die Gegenwart.

Die Struktur der Mitgliedschaft nach Disziplinen blieb lange Jahre unbeachtet und wird erst heute zögernd analysiert. Eines der wenigen Zeitdokumente, die es dazu gibt, ist eine quantitativ orientierte Aufstellung, die Conrad Grau auf Bitten des Vorstands 1998 anfertigte. Grau ging von (damals) 185 Mitgliedern aus. Danach arbeiteten in der Klasse Naturwissenschaften 100 Mitglieder, in der Klasse Geistes- und Sozialwissenschaften 85. Bei den Naturwissenschaften dominierte die Physik mit 35 Mitgliedern, die Chemie war mit 19 und die Medizin mit 11 Mitgliedern vertreten. In der anderen Klasse waren die Historiker mit 23 (16 erst nach 1994) die stärkste Fraktion, die Ökonomen und Politikwissenschaftler folgten mit 18, die Philosophen mit 12 und die klassischen Philologen, Archäologen und Althistoriker mit 7 Mitgliedern. Hinweise auf die Fehlstellen in der Fächerbesetzung fehlten in dem Dokument.

In der Tendenz musste aus natürlichen Gründen der Anteil der Akademiemitglieder an der Mitgliedschaft ständig abnehmen. Die Gründungsmitglieder der Leibniz-Sozietät und ihre Mitglieder bis zur ersten Zuwahl im Jahre 1994 waren allesamt Akademiemitglieder. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft ging durch die Zuwahlen mit den Jahren zurück. 1998, am Ende der Amtszeit Rapoport, waren von den 185 Sozietätsmitgliedern nur noch 101 frühere Akademiemitglieder, etwa 54% der Gesamtmitgliedschaft.

Diese Entwicklung setzte sich fort. 2009 waren nur noch knapp 24% der Mitgliedschaft frühere Akademiemitglieder. Dieser Rückgang spiegelt sich in einer weiteren Verschiebung in der Altersstruktur innerhalb dieser Gruppe. Etwa 33% der früheren Akademiemitglieder waren

2009 älter als 80 Jahre, 41% zwischen 75 und 80 Jahre alt, nur 20% zwischen 70 und 75. Jünger als 70 Jahre waren 2009 nur noch vier Akademiemitglieder: der Geophysiker Jürgen Schön (Jahrgang 1939, Akademiemitglied seit 1989), der Molekulargenetiker Charles Coutelle (1939, seit 1988), die Mathematikerin Roswitha März (1940, seit 1988) und der Biochemiker Tom Rapoport (1947, seit 1988), also gerade noch 2%.

Ebenso folgerichtig wie der Alterungsprozess war die ihn begleitende Ausdünnung der Erfahrungsträger der alten Gelehrtensozietät. Von den 70 – 75-jährigen Akademiemitgliedern (2009) – eine Gruppe, die noch am ehesten aktiv an der Gestaltung des wissenschaftlichen Lebens der Sozietät teilnimmt - war keiner vor 1977 Akademiemitglied. Die am weitesten zurückliegenden Zuwahlen dieser Altersgruppe waren der Physiker Werner Ebeling 1977 und die Geophysiker Heinz Kautzleben 1979 und Wolfgang Mundt 1981. Über direkte persönliche Erfahrungen aus der Zeit vor der Akademieform vor 1968 oder der Zeit der Reform selbst konnten auch sie nicht mehr verfügen.

Trotz aller Einwände und vieler Schwierigkeiten kann man in summa zu der Feststellung kommen, dass die personelle Erneuerung der Mitgliedschaft der Leibniz-Sozietät durch Zuwahl geglückt ist. Die Tatsache, dass 2009 rund Dreiviertel der Mitglieder der Sozietät nicht mehr in der alten Akademie verhaftet sind, belegt, dass die Sozietät nicht, wie gelegentlich befürchtet, zu einem Verein zur sozialen Absicherung des Auslaufmodells *Akademiemitglied der AdW* wurde. Sie steuerte auch nicht, wie einige ihrer politischen Gegner erwarteten, auf eine „biologische“ Endlösung des Problems Gelehrtenengesellschaft der AdW zu. Das Instrument der Zuwahlen bewahrte die Leibniz-Sozietät davor, den Weg mancher Vereine der so genannten zweiten Wissenschaftskultur zu gehen, denen es nicht gelang, genügend neue Mitglieder aus dem Umkreis ihres disziplinären Bereichs zu gewinnen, um die Grenzen von Biologie und gesellschaftlicher Isolation zu überwinden.

Die Leibniz-Sozietät als Organisationsgebilde. Strukturen, Abläufe und Probleme

Das Statut der Sozietät von 1993 sah eine flache Hierarchie mit zwei Ebenen vor: die Mitgliederversammlung (das Plenum) und den Vorstand. Der Vorstand war für die Umsetzung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung sowie für die satzungsgemäße Führung des Vereins verantwortlich. Mit den Arbeitsgruppen – wenig später wieder Klassen genannt - entstand ab September 1993 eine weitere Arbeitsebene. Deren von der Klasse zu wählenden Vorsitzende (Sekretare) waren bereits im Statut vom 15.4.1993 vorsorglich dem Vorstand zugerechnet worden, als sie noch nicht existierten. Die Aufgaben der Klassen

waren nur allgemein definiert. Sie sollten wissenschaftliche Arbeitstagungen zu Problemen planen, organisieren und durchführen, weiterhin Vorschläge für das wissenschaftliche Programm des Plenums entwickeln und neue Mitglieder gewinnen.¹⁷

Rapoport favorisierte und praktizierte von Beginn an ein kollegiales Sitzungs- und Beschlussverfahren, das die

¹⁷ S. Statut der Leibniz-Sozietät (i.G.) vom 15.04.1993; s. Protokoll der Mitgliederversammlung der Leibniz-Sozietät vom 09.09.1993.

Verantwortung über den Kreis der gewählten Vorstandsmitglieder hinaus auf weitere Mitglieder übertrug. Da die Klassensekretäre in das Führungsgremium einbezogen waren, war ein gesonderter Rat der Klassensekretäre, wie im Senatsbeschluss der Akademie von 1990 noch vorgesehen, nicht erforderlich. Die Unterteilung der Mitglieder in Ordentliche und Korrespondierende wurde aufgegeben, ebenfalls entfiel die Kategorie des Auswärtigen Mitglieds.

Beim Vorstand angebunden, aber relativ selbständig arbeitend, bildeten sich Arbeitsgruppen heraus, die entweder mit ständigen Aufgaben wie das Redaktionskollegium oder mit zeitweiligen Aufgaben betraut wurden. 1996 entstand in enger Bindung zur Leibniz-Sozietät die Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät, die der Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit dienen sollte und deren Geschäftsführer im Vorstand mitarbeitete.

Die Vereinsverfassung bot der Gelehrtensozietät alle Möglichkeiten, wesentliche Ergebnisse der in der Akademie-reform erarbeiteten Standpunkte und Erkenntnisse zu verwirklichen. Rapoport's klassische, bereits zitierte Äußerung über den endlich erreichten Zustand der Gelehrten-gesellschaft als freiem Zusammenschluss von unabhängigen, vielseitig interessierten und wissenschaftlich ertragreichen Forschern beschreibt diese Seite des neuen Zustands. Die Sozietät war in der Wahl ihrer Mitglieder und ihres Vorstands unabhängig, das Ergebnis von Wahlen und die Festlegung von Handlungen bedurften keiner Zustimmung von außen. Es gab keine Limitierung der Zahl der Mitglieder, wie sie noch in dem Akademiestatut von 1984 vorge-schrieben war.

Das Vereinsjahr folgte den vertrauten traditionellen Ereignisabläufen der bisherigen Gelehrten-gesellschaften. Sie sind im Statut der Leibniz-Sozietät nur in der allgemeinen, den Sachverhalt auch inhaltlich umfassenden Formel von §1(1) angedeutet: „...Pflege und Förderung der Wissen-schaften in der Tradition von Gottfried Wilhelm Leibniz...“. Mit der weitgehenden Übernahme von Traditionen und Gepflogenheiten der alten Akademie war ein tragfähiges Gerüst für die weitere Arbeit der Sozietät vorhanden, in dessen Rahmen sie ihre Tätigkeit entfalten konnte und das sich auch unter Vereinsbedingungen als tauglich erwies. Die wissenschaftliche Arbeit fand in den monatlichen (außer Juli und August) Sitzungen der Klassen und des Plenums statt, ergänzt durch thematisch gebundene Kolloquia und Konferenzen. Die Jahresgeschäftssitzung behandelte die vereinsrechtlich vorgeschriebenen Tages-ordnungspunkte wie Jahresberichte des Vorstands und Kassenprüfungsbericht und wählte die neuen Mitglieder und, wenn die Amtszeiten abgelaufen waren, die Vorstandsmitglieder. Ab 1998 war die Jahresversammlung geteilt. Im Mai fand nur noch die Wahl der Mitglieder statt, die übrigen Geschäftsordnungspunkte wurden, dem Kalenderjahr angepasst, in einer weiteren Sitzung im Januar abgehandelt. Die erste Januar-Jahresgeschäfts-sitzung fand am 15. Januar 1998 statt

Der Leibniz-Tag Ende Juni/Anfang Juli wurde wie immer als festlicher und gesellschaftlicher Höhepunkt des Ver-einslebens begangen. Zur tragenden Linie der Tradition gehörten weiterhin der Rückgriff auf die eigene Geschich-te und die DDR-Wissenschaftsgeschichte, die Erinnerung an Ereignisse aus der davor liegenden Akademie- und Wissenschaftsgeschichte. Einen besonderen Platz nah-men Ehrungen von Akademiemitgliedern zu gegebenen Anlässen ein, meist in Form von wissenschaftlichen Kolloquien.

Die neue Unabhängigkeit und die Strukturierung der Sozietät mit Mitgliederversammlung und Vorstand als Organe des Vereins ruhten auf zwei fundamentalen Elementen, die für die Gelehrtensozietät vor ihrem Eintritt in das Vereinsleben keine Rolle spielten: die ehrenamt-liche Arbeit und die Beitragspflicht.

Die ehrenamtliche Tätigkeit wurde, bedingt durch den Wegfall jeglicher Alimentierung durch Dritte, zur Grund-lage der Erhaltung der Funktionen der Gelehrtensozietät. Es war keineswegs ein freiwilliges moralisches Postulat, sondern eine durch die äußeren Umstände erzwungene Überlebenshaltung. Um die Geschäftstätigkeit der Sozietät zu organisieren und aufrecht zu erhalten, mussten die Gelehrten selbst aktiv werden.

Die Beitragspflicht und Spendenakquisition waren nicht minder Existenzbedingung. Zwar lief die Vortragstätigkeit völlig ohne Entgelt ab, es gab weder Honorar noch Kostenerstattung, doch die Mittel blieben stets unternor-mal knapp. Möglich war den meisten Akteuren der Ver-zicht auf Kostenforderung auf dem Hintergrund einer gewissen existenziellen Grundsicherung als Bezieher von Altersrenten oder Arbeitslosengeld, die es ihnen –

zunehmend, in ganz unterschiedlichem Ausmaß, frei von anderen Arbeitspflichten - erlaubte, ihre Zeit der Sozietät unentgeltlich zu widmen.

Die Beitragspflicht wurde im Vorfeld der Vereinsbildung diskutiert, aber von keiner Seite in Frage gestellt, obwohl der Sprung von der Dotation in DDR-Zeiten¹⁸ zum Jahres-beitrag für die Sozietät beträchtlich war. Jedem war klar, dass die Mittel zur Finanzierung des Vereinszwecks selbst aufgebracht werden mussten und keine staatliche Förde-rung erwartet werden durfte. Ebenso klar war, dass die eigenen Mitgliedsbeiträge keinen großen Handlungs-spielraum erlauben würden. Die Hoffnung lag hier auf der Möglichkeit, zusätzliche Spenden oder Fördermittel einzu-werben. Damit würde man, so die vage Vorstellung, später vielleicht auch eine hauptamtliche Geschäftsstelle aushalten können.

¹⁸ Die Dotation betrug 1000 Mark für Ordentliche und 300 Mark für Korrespondierende Mitglieder. Die Dotation wurde mit Beschluss des Plenums vom 30. 08.1990 abgeschafft. Vorgesehen war, aus diesen Mitteln einen zentralen Fonds zu schaffen als Grundlage für eine Stiftung zur Unterstützung von Nachwuchswissenschaftlern. (S. Jahrbuch 1994: 359) Die Stiftung kam nicht mehr zustande.

Mit beiden Elementen hatte die Sozietät, wie oben dargestellt, von Anfang an Schwierigkeiten. Die erworbene Unabhängigkeit konnte sich durchaus als ein trügerisches Geschenk erweisen, sie erzeugte eine reformierte und freie Gelehrtensozietät, aber eine Sozietät ohne Hab und Gut, einer mittellosen Zukunft ausgeliefert und mit unübersehbaren Grenzen für den Gestaltungswillen der Akteure.. Beide Problemkreise verschärften sich mit steigender

Mitgliederzahl und mit dem Anwachsen der Zahl der wissenschaftlichen Veranstaltungen. Deren Koordinierung und Organisation belasteten die magere infrastrukturelle Ausstattung und das ehrenamtlich arbeitswillige personelle Potenzial immer stärker und stellte am Ende der Amtszeit von Rapoport höhere Ansprüche an die Führungsqualitäten des Vorstands.

Der Vorstand und seine personelle Struktur

Der 1993 gewählte Vorstand bestand, wie erinnerlich, aus dem Präsidenten Samuel Mitja Rapoport, dem Vizepräsidenten Ernst Engelberg und dem Schatzmeister Wolfgang Eichhorn. Zu ihm gehörten mit der Bildung der Arbeitsgruppen (Klassen) auch deren Vorsitzende (Sekretare), Lanius für die naturwissenschaftliche Klasse und Irmischer für die Sozial- und Geisteswissenschaftliche Klasse. Ständiger Teilnehmer an den Beratungen des Vorstands war der spätere Leiter des Redaktionskollegiums, Herbert Wöltge, der aus dem Arbeitsstab Klinkmann übernommen wurde.

Engelberg war bei Amtsantritt 84 und Rapoport 81 Jahre alt. Ihre internationale Reputation bewahrte die Sozietät vor damals üblichen tagespolitischen personalen Anfeindungen, ihre jahrzehntelangen Erfahrungen und Kenntnisse der Arbeit in wissenschaftspolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Fragen halfen, den Verein in ein ruhigeres Fahrwasser zu führen und ein wissenschaftlich anspruchsvolles Arbeitsprogramm anzugehen. Allerdings waren ihre Möglichkeiten zur Übernahme von organisatorischen Aufgaben und Verpflichtungen eingeschränkt, ihre gesundheitlichen Probleme trugen ebenfalls dazu bei, dass sie vor allem vorbereitend und orientierend tätig waren, die täglichen Arbeiten in der Führung der Sozietät und deren organisatorische Arbeit aber kaum leisten konnten. Zwar hatte der Vorstand nach §9 des Statuts die laufenden Geschäfte des Vereins in seiner Gesamtheit zu führen, doch war außer der juristischen Vertretungsbefugnis keine weitere Zuordnung von Aufgaben vorgesehen. Eine Geschäftsordnung, die diese Verteilung hätte vorsehen müssen, kam erst zwei Jahre später zustande.

Insbesondere war die Verantwortung für die fach- und sachgerechte Umsetzung der Vereinszwecke im Sinne einer Geschäftsführung nicht geregelt. Unerlässliche organisatorische und vereinspolitische Umschaltstelle für alle Aktivitäten der Sozietät wurde fast zwangsläufig der mit 63 Jahren wesentlich jüngere Schatzmeister Wolfgang Eichhorn. Ihn erwartete außer der Finanzverwaltung auch die Arbeit eines Generalsekretärs, Schriftführers, Geschäftsführers und Sachbearbeiters. Als quasi Generalmanager der Sozietät fielen alle nicht näher definierten und zuzuordnenden Arbeiten auf ihn. Das bedingte die für Wissenschaftler schwierige Bereitschaft, die eigene wissenschaftliche Arbeit weitgehend zurückstellen, um die Sozietät als Organisation zu erhalten und den Mitgliedern die wissenschaftliche Kommunikation zu ermöglichen. Er behielt das

Amt bis 2005, erst nach seinem Ausscheiden wurde der längst nicht mehr solistisch beherrschbare Geschäftsbereich geteilt in Sekretar des Plenums und Schatzmeister.

Einen Eindruck von Ambitionen und Arbeitsweise des Vorstands vermittelte der erste Bericht des Präsidenten an die Jahresversammlung am 19. Mai 1995. Nach einem Überblick zu den Vorträgen und Veranstaltungen der Sozietät wies Rapoport auf das Bemühen des Vorstands hin, „die Arbeit entsprechend ihren Zwecken zu leiten, die Belange der Sozietät zu vertreten und die erforderliche organisatorische Arbeit ohne Verwaltungsapparat verlässlich zu gestalten“. Hauptaktivitäten und Probleme seien neben der Planung und Organisation der wissenschaftlichen Veranstaltungen vor allem Satzungsänderungsvorbereitungen, Arbeit mit den Gästen der Sozietät, Bildung der Arbeitsgruppen, Kontaktaufnahme mit den Akademiemitgliedern, die Vertretung des Vereins gegenüber Amtsgericht und Finanzamt, Vorbereitung einer Publikationsreihe und Vorbereitung für die Wahl neuer Mitglieder. Über die Arbeitsprinzipien und das Organisationsverständnis des Vorstands gibt die folgende Passage aus dem Bericht Auskunft: „Über alle Fragen wurde im Vorstand beraten und demokratisch entschieden. Alle Fragen von Bedeutung für die Arbeit der Sozietät wurden dem Plenum in Geschäftssitzungen zur Information, zur demokratischen Meinungsbildung und zur Beschlussfassung unterbreitet.“¹⁹ Diese sichtbar von den Ergebnissen der vorangegangenen Akademiereform getragene Auffassung vom Verhältnis Präsident - Vorstand - Gemeinschaft der Mitglieder blieb bis heute gültiger Verhaltenskodex.

Engelberg bat bereits nach kurzer Amtszeit, im Januar 1994, um Entpflichtung aus seiner Verantwortung als Vizepräsident, konnte aber von Rapoport für eine weitere Wahrnehmung der Funktion gewonnen werden. Doch ein Jahr später schied er endgültig aus dem Amt aus. Als neuen Vizepräsidenten wählte das Plenum auf der Jahresgeschäftssitzung am 18. Mai 1995 den bisherigen Sekretar der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften Johannes Irmischer, bei Amtsantritt 75 Jahre alt. Der bisherige Stellvertreter der Klasse, der Althistoriker Joachim Herrmann,

¹⁹ Zitate aus: Bericht des Vorstands zur Jahresversammlung der Leibniz-Sozietät am 19.05.1994

rückte als Klassensekretar nach, neuer Stellvertreter wurde der Pädagogikwissenschaftler Gerhart Neuner. Im April 1996 schied Karl Lanius nach Beendigung seiner Amtsperiode als Sekretar der Klasse Naturwissenschaften aus. Die Klasse wählte den Meteorologen Karl-Heinz Bernhardt als neuen Klassensekretar und den Chemiker Lothar Kolditz zu seinem Stellvertreter. In dieser Besetzung wurde der Vorstand im Mai 1996 erneut gewählt und blieb bis zum Ende der Amtszeit von Rapoport stabil.

Indessen mehrten sich die Bedenken, dass die statutarische Struktur des Vorstands die für die Erledigung der Aufgaben erforderliche personelle Verantwortung trotz des praktizierten Kollegialprinzips nur unzureichend festlegen würde. Vor allem das Anwachsen der Mitgliedschaft und die daraus resultierende Erhöhung des Verwaltungsaufwandes zur kommunikativen Verbindung, die zunehmenden organisatorischen Bedürfnisse der Vortragstätigkeit nicht nur durch die Sitzungen von Plenum und Klassen, sondern auch durch die häufiger angesetzten Kolloquien, die sich entwickelnde editorische Arbeit und die Bemühungen um die Finanzierung aller Vorhaben hatten einen erhöhten Arbeitsaufwand geschaffen, der die personellen Möglichkeiten des eigentlichen Vorstands längst überstiegen hatte.

So beschloss man im April 1996 eine Erweiterung des personellen Bestands des Vorstands. Die Absicht war, eine bereits begonnene Praxis der Übertragung von Aufgaben an weitere Mitglieder vereinsintern verbindlich festzulegen, um eine dauerhafte Bindung aktiver Mitglieder an die Vorstandstätigkeit zu erreichen und dies nicht weiter einem unregulierten Selbstlauf zu überlassen. Zu den Sitzungen wurden fortan die Stellvertreter der Klassensekretare und nunmehr auch offiziell der Leiter des Redaktionskollegiums eingeladen. Hinzu kamen Helmut Steiner als Vorsitzender einer zu bildenden Gruppe für die Arbeit nach außen und Hubert Laitko für eine Gruppe zu Grundfragen der Arbeit der Leibniz-Sozietät. Die Sitzungen standen im Übrigen auch anderen interessierten Mitgliedern jederzeit offen.

Ergänzt wurde der Vorstand ab 1997 durch den Geschäftsführer der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät, Heinz Kautzleben, und ab Mitte 1998 durch Conrad Grau als Leiter des Beirates der inzwischen beschlossenen Publikationsreihe *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät*. Steiner und Laitko beteiligten sich nur kurzzeitig an der Arbeit des Vorstands, da die mit ihnen vorgesehenen Arbeitsgruppen nicht zum Zuge kamen und sie nur für Einzelaufgaben herangezogen wurden. Das nunmehr erweiterter Vorstand benannte Gremium überdauerte in dieser Besetzung das Ende der Amtszeit von

Rapoport und erfuhr einen weiteren personellen Zuwachs mit dem Statut von 15.10.98, das in §7 „... dem in der vorigen Wahlperiode amtierenden Präsidenten das Recht der Teilnahme an den Vorstandssitzungen“ einräumte. Der Vorstand, inzwischen aus mehr als zehn Personen bestehend, begann eine gewisse Umständlichkeit und Schwerfälligkeit zu entwickeln. Seine Personenzahl nahm auch in der Folgezeit weiter zu.

Auch Rapoport trug sich ab 1996 mit dem Gedanken, die Präsidentschaft aus Alters- und Gesundheitsgründen niederzulegen, doch erklärte er sich wie vorher Engelberg bereit, noch einen begrenzten Zeitraum weiter zu amtierem. Ende 1997 bat er den Vorstand erneut um Ablösung. Sein Amt wurde Friedhart Klix angetragen, der aber wegen einer Professur in Wien ablehnte. Die Findung eines neuen Kandidaten gestaltete sich schwierig. Erst ein Jahr später war die Präsidentenfrage geklärt. Herbert Hörz wurde am 15. Oktober 1998 in einer Geschäftssitzung des Plenums gewählt und übernahm die Präsidentschaft, Rapoport wurde Ehrenpräsident. Irmischer blieb bis zu seinem Tode im Jahre 2000 Vizepräsident.

Alles in allem beschränkte sich die die Zahl der Mitglieder, die ständig oder zeitweilig Arbeitsaufgaben in Gremien der Sozietät ausführten, von 1993 bis 1998 – von den Vortragenden abgesehen – auf einen Kreis von etwa 20 Personen. In der Analyse fällt auf, dass zwar bis 1998 über 80 neue Mitglieder gewählt wurden - also solche, die vorher nicht Akademiemitglieder waren -, aber nur wenige von ihnen und diese nur mit Teilaufgaben für eine aktive gestaltende Mitarbeit in der Führungsebene der Sozietät gewonnen wurden und damit Einfluss auf die Sozietät als Gesamtkorpus erlangten. Die Ausnahmen als vorherige Akademie-Nichtmitglieder bildeten der Leiter des Redaktionskollegiums ab 1992 und der Vorsitzende des Beirates der Abhandlungen Conrad Grau ab 1998. Hubert Laitko, Helmut Steiner, und Reinhard Mocek – ebenfalls zuvor keine Akademiemitglieder - wurde – wie oben gesagt - keine Gesamtverantwortung, sondern zeitlich und inhaltlich begrenzte Aufgaben übertragen. Die Führung und strategische Orientierung, die Organisation, Arbeit und Verantwortung in den Gremien lag somit 1998 im Wesentlichen noch in der Hand der Gründergeneration. Sie dominierte das Geschick der Sozietät und gab ihr das Gepräge. Deren Zuwahl und damit Akademieverbundenheit stammte aus den 70er und 80er Jahren, ausnahmslos also aus der Zeit während und nach der Akademieform. Engelberg war der einzige aus diesem Aktivistenkreis, der vor 1969 Akademiemitglied war, aber er war – wie erwähnt - schon 1995 aus einer aktiven Funktion ausgeschieden. Die Dominanz der Gründer änderte sich erst Jahre später und dann auch zögernd.

Die Publikationstätigkeit

Die Publizierung der Vorträge war von Anfang an eines der Hauptziele der Sozietät und als einer der Zwecke des Vereins im Statut festgehalten. Schon in den Papieren der Initiativgruppe wurde unter den Zielen genannt: „3. Die Sozietät ist bestrebt, Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen“. Diese Forderung entsprach den übereinstimmenden Wünschen der Mitglieder und wurde in das Statut von 1993 in einer präzisierten Fassung übernommen: „Zweck des Vereins ist ...- Publikation wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse seiner Mitglieder“.²⁰ Mit ähnlichen Formulierungen findet sich dieser Zweck in allen nachfolgenden Statuten.

Alle waren zwar dafür, doch unklar blieb, wie dieser Anspruch erfüllt werden sollte. Gedacht war zunächst daran, einen großen renommierten Wissenschaftsverlag für Veröffentlichungen dieser Art zu interessieren, doch die im Herbst 1993 angesprochenen Verlage reagierten verhalten bis ablehnend, für sie war das, was möglicherweise angeboten werden konnte, wissenschaftlich ohne überzeugende Referenz und wirtschaftlich nicht interessant genug. Es wurde schnell deutlich, dass Publikationen nur bei eigenem finanziellem und redaktionellem Aufwand, mit hohen Druckkostenzuschüssen und mit ausreichend vorbereiteten Manuskripten realisierbar waren. Dies waren erhebliche, nahezu unüberwindliche Hindernisse, da die Finanzlage der Sozietät anfangs zwar noch nicht völlig überschaubar war, man immerhin schon nach erstem grobem Kostenüberschlag absehen konnte, dass die Publikationskosten die Einkünfte aus Mitgliedsbeiträgen weit übersteigen würden.

Danach kam der Gedanke auf, die Vorträge aus eigenen Kräften in Anlehnung an traditionelle Publikationsformen der AdW als Schriftenreihe im Eigenverlag herauszugeben. Diese Idee erschien anfangs sehr wagemutig und stieß wegen der befürchteten Risiken und Unschärfen im Vorstand auf starke Bedenken, sowohl Bedenken finanzieller Art als auch Zweifel, ob die Vortragstätigkeit der Mitgliedschaft eine Schriftenreihe ausreichend tragen würde. Auch die Absicht, in der äußeren Form der Publikationen an die bisherigen Sitzungsberichte der AdW anzuknüpfen, war anfangs nicht unumstritten, da man befürchtete, die Öffentlichkeit würde diesen allzu deutlichen Rückgriff auf die Tradition der AdW der DDR nicht tolerieren. Deshalb entschied sich der Vorstand erst nach längerer Erörterung im Januar 1994, einem inzwischen detaillierter ausgearbeiteten Exposé für die Publikationstätigkeit zu folgen. Man einigte sich darauf, Veröffentlichungen der Vorträge und Debatten in ähnlicher Aufmachung wie früher im Selbstverlag herauszugeben und

die Kosten über die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge zu begleichen. Eine genaue Kalkulation stand noch aus. Der Vorschlag fand erwartungsgemäß die Zustimmung des Plenums, das darüber noch im gleichen Monat informiert wurde und dem Vorstand freie Hand gab.

Inzwischen waren Verbindungen mit einer kleinen Agentur zustande gekommen, die sich bereit erklärte, für die Sozietät verlegerisch tätig zu werden. Die Firma *Interscience Berlin - Büro für Wissenschaftsorganisation* war eines der winzigen Unternehmen, die in den Monaten nach dem Beitritt entstanden und die inmitten einer sich neu formierenden Verlagslandschaft Fuß fassen wollten in einer neuen Zeit und in einem neuen Metier. Man einigte sich nach intensiven Verhandlungen auf ein Konzept, das dem Vorstand vorgelegt werden konnte.

Dieses Konzept sah vor, eine Schriftenreihe ins Leben zu rufen, in der die Vorträge und Berichte der wissenschaftlichen Veranstaltungen aus Plenum und Klassen publiziert werden sollten, ferner Mitteilungen der Sozietät und ausgewählte Ergebnisse aus Geschäftssitzungen. Mit dem Titel Sitzungsberichte sollte angeknüpft werden an die an der Akademie seit dem 19. Jahrhundert herausgegebenen und meist bis zum Jahre 1990 fortgeführten verschiedenartigen Schriftenreihen mit Ergebnissen der Arbeit vor allem der Klassen und Unternehmungen der Akademie. Auch die äußere Gestaltung der Bände sollte die Reihe als Fortsetzung der Vorgängerreihe sichtbar werden lassen und das Akademieblau als Gestaltungselement und das bisherige Emblem (mit dem Wahlspruch der Akademie *theoria cum praxi*) als Logo verwenden.

Für die Planung und Druckvorbereitung der Manuskripte für die einzelnen Hefte hatte der Vorstand ein Redaktionskollegium zu berufen. Es sollte den Vorstand und die Klassen bei der inhaltlichen Planung und bei der Themenfindung beraten, die Manuskripte beschaffen und die Bände redaktionell bearbeiten, ferner den Vorstand bei der Finanzierung der Reihe unterstützen. *Interscience* wollte sich verpflichten, ein Grundlayout und einen Kostenvoranschlag vorzulegen und sowohl die technische Herstellung als auch den Vertrieb und die Werbung der Reihe zu übernehmen.

Das Konzept enthielt gleichfalls Grundüberlegungen zu den materiell-technischen Ausgangsbedingungen und zur Finanzierung der Reihe. Danach waren für eine Veröffentlichung pro Jahr etwa 10 Plenarvorträge und bis zu 20 Klassenvorträge oder Diskussionsbeiträge zu erwarten. Sie sollten in sechs bis acht Bänden pro Jahr publiziert werden. Ihre technische Herstellung sollte pro Band etwa 2000 DM kosten. Vertriebs- und Werbekosten waren nicht kalkuliert. Es war vorgesehen, die Reihe als unregelmäßig erscheinendes Periodikum anzulegen. Als Auflagenhöhe wurde eine Anfangsausgabe von 180 Exemplaren, davon

²⁰ Statut der Leibniz-Sozietät vom 15.04.1993

100 kostenlos an die Mitglieder der Sozietät, für angemessen gehalten.

Diesem Grundkonzept stimmte der Vorstand am 11. März 1994 zu, das Plenum eine Woche später. Am gleichen Tage nominierten die Klassen ihre Vertreter für das Redaktionskollegium: die Klasse Naturwissenschaften Karl Friedrich Alexander und Wolfgang Schirmer, die Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften Wolfgang Küttler und Helmut Steiner. Als Vertreter des Präsidiums wurde Wolfgang Eichhorn Mitglied des Kollegiums, zu dessen Leiter der Vorstand Herbert Wöltge berief, der die Vorarbeiten für die Redaktion in der Hand hatte.

Der Beschluss galt als wichtige Entscheidung für eine angemessene Darstellung der Leibniz-Sozietät in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und als Möglichkeit, ihre wissenschaftlichen Arbeitsergebnisse dauerhaft zu dokumentieren. Die Risiken, die die Herausgabe einer eigenständigen Schriftenreihe in sich barg, wollte man in Kauf nehmen, aus der Überlegung heraus, wie Rapoport formulierte, dass „die Sozietät den Gedanken und Erkenntnissen ihrer Mitglieder nur dann für Gegenwart und Zukunft Verbreitung verschaffen kann, wenn die Ergebnisse an die Öffentlichkeit gelangen und einem breiten Leserkreis zugänglich gemacht werden“. (Rapoport 1995a: 123) Rapoport sprach später achtungsvoll davon, „ein so anspruchsvolles Unternehmen auf der so schmalen finanzielle und materiellen Basis der Sozietät zu beginnen“, es sei „größter Erfolg und kühnstes Wagnis der Tätigkeit der Leibniz-Sozietät“. (Rapoport 1995b: 93)

Zu Anfang des Jahres 1995 erschien der erste Band, noch als Jahrgang 1994 ausgewiesen. Er enthielt sechs Beiträge zum Themenkomplex Globaler Wandel, die vorher in der Sozietät vorgetragen worden waren, und stellte erstmals auch das neue Logo der Leibniz-Sozietät vor, eine Graphik des italienischen Malers und Bildhauers Gabriele Mucchi, die dieser auf Anregung von Helmut Steiner im August 1994 für die Sozietät angefertigt hatte. Das neu geschaffene Bildnis von Gottfried Wilhelm Leibniz schien dem Vorstand geeigneter als frühere Embleme der Akademie, bei deren Verwendung möglicherweise juristische Komplikationen zu erwarten waren.

Die Schwierigkeiten in der redaktionellen und technischen Herstellung sowie in der Finanzierung waren erheblich. Noch im Vorbereitungsjahr 1994 musste der Verlag gewechselt werden, da die Erfahrungen von *Interscience* für das Verlagsobjekt Sitzungsberichte nicht ausreichten und die Vorbereitungen für die Herausgabe sich immer schleppender vollzogen. Danach wurde ein ebenfalls kleiner Verlag im Umland von Berlin beauftragt, der jedoch nicht die Satzherstellung übernahm, die nunmehr - bis Band 7 - von der Redaktion angefertigt wurde. Die Druckereien und die verwendete Drucktechnik wechselten ebenfalls mehrmals, ebenso die verschiedenen Hersteller. Erst ab Band 20, im Jahre 1997, kam die Redaktion mit dem Übergang zum TRAFÖ-Verlag Berlin in ein ruhigeres Fahrwasser.

Die größten Probleme bereitete jedoch die Sicherung der Finanzen für die Kosten der Reihe. Die Bände brachten die Sozietät in der Folge immer wieder an den Rand des finanziell Machbaren. Sie verschlangen trotz der Honorarfreiheit und der unentgeltlichen Tätigkeit der Redaktion einen großen Teil der Einkünfte des Vereins und überstiegen gelegentlich auch die Möglichkeiten. So musste die Herausgabe der Sitzungsberichte aus Finanzmangel im Sommer 1996 für mehrere Monate unterbrochen werden. Während 1994 die Kosten für die Sitzungsberichte noch etwa 32% der Gesamtausgaben der Sozietät betrugten, wuchsen sie schon 1995 auf 65% und stiegen bis 1998 auf 75% an.²¹ Über die Jahre hinweg beschäftigte sich der Vorstand in nahezu jeder Sitzung mit der Finanzsituation. Aus seinen Protokollen geht hervor, wie er sich finanziell von Band zu Band durchschlug und sich regelmäßig mit Appellen und Spendenaufrufen an die Mitglieder wandte.

Die Folge war ein rigoroser Sparkurs. Die Ausgaben wurden auf die unentbehrlichen technischen Herstellungs- und die Druckkosten reduziert, zu Lasten anderer Aufgaben im kaufmännischen Bereich von Vertrieb, Werbung und Absatz. Es kam hinzu, dass die wenigen Versuche scheiterten, die Schriftenreihe in den wissenschaftlichen Buchhandlungen zu platzieren und in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken und denen der Wissenschaftsinstitutionen einzustellen. Verkaufserlöse, die die Kasse der Sozietät hätten entlasten können stellten sich erst recht nicht ein. Der Absatz der Bände war nur in einer Position geregelt, in der kostenlosen Abgabe an die Mitglieder, die die Bände sozusagen für ihre Mitgliedschaft im Verein erhielten. Das war ein ehrenwertes, aber kostspieliges Vorgehen, das immer wieder zu Diskussionen führte, aber bis heute durchgehalten wurde.

Bis Ende 1998 erschienen 27 Bände. Sie waren in ihrer Gesamtheit ein Spiegelbild der Arbeit der Sozietät und enthielten etwa 75 Prozent aller Vorträge in Plenum und Klassen, weiterhin Material von sechs wissenschaftlichen Kolloquien der Sozietät, dazu Mitteilungen aus der Leibniz-Sozietät, Berichte des Präsidenten zu den Leibniz-Tagen, die Vorstellung neuer Mitglieder, Nachrufe und Rezensionen.

Den erhofften eigenständigen Beitrag der Sozietät zur wissenschaftlichen Diskussion zeitgenössischer Fragen leistete die Reihe jedoch nicht. Ihre tatsächliche Wirksamkeit war gering, da der Vorstand das Problem ihrer Verbreitung in der Öffentlichkeit nicht lösen konnte - ein Problem, das bis heute keine befriedigende Lösung gefunden hat. Es war nicht gelungen, wie Rapoport erhofft hatte, den Gedanken und Erkenntnissen ihrer Mitglieder für Gegenwart und Zukunft angemessene Verbreitung zu verschaffen. Vertrieb und Werbung waren für die Sozietät unerschlossene Arbeitsfelder, denen kaum Beachtung

²¹ Berechnet nach den Berichten der Kassenprüfer zu den Jahresgeschäftssitzungen der Sozietät

geschenkt wurde und für die sich keine ehrenamtliche Verantwortung unter den Mitgliedern fand. So blieben die Ergebnisse der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt, der erwartete breitere Leserkreis wurde nicht erschlossen. Auch die Science Community und ihre Bibliotheken zeigte – von Ausnahmen abgesehen - an einer Dokumentation der Leistungen der Sozietät kein Interesse.

Gegen Ende der Amtszeit von Rapoport, zu Anfang des Jahres 1998, wurde dennoch ein weiteres Publikationsprojekt begonnen. Mit der Herausgabe der Veröffentlichungsreihe *Abhandlungen der Leibniz-Sozietät* sollte den Mitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, monothematische oder monographische Arbeiten zu veröffentlichen, die den Rahmen der Sitzungsberichte überstiegen. Für diese Reihe konnte der Vorstand Conrad Grau als Koordinator gewinnen und ihm einen Wissenschaftlichen Beirat zur Seite stellen, dem neben den Mitgliedern des Redaktionskollegiums auch die Klassensekretäre angehören. Die Reihe war seit 1995 im Gespräch, wurde aber immer wieder zurückgestellt, teils aus konzeptionellen Bedenken, teils aus finanzieller Not. Erst als sich der TRAFO-Verlag im November 1997 bereit erklärte, die Reihe als Verlagsobjekt zu konstituieren, gab der Vorstand seine zögernde Haltung auf und stimmte dem Projekt zu. Er ließ es im Frühjahr 1998 nach Diskussion in den Klassen und einer schriftlichen Information der Mitglieder im Plenum beschließen. Schon zum Leibniz-Tag 1998, zeigte sich der Präsident optimistisch: „An wissenschaftlicher Substanz für dieses Vorhaben mangelt es in unseren Reihen nicht.“ (Rapoport 1998: 114) Als erster Band erschien Anfang 1999 der Titel *Das lange 19. Jahrhundert. Ernst Engelberg zum 90. Geburtstag*, als Band 2 im gleichen Jahr der Titel *1992 – das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der AdW*, herausgegeben von Horst Klinkmann und Herbert Wöltge.

Mit wachsender Mitgliederzahl wurde es immer schwieriger, die Mehrheit der Mitglieder aktiv in die Arbeit der Sozietät einzubeziehen und am Leben und den Entscheidungen der Sozietät teilhaben zu lassen. Territoriale Entfernungen und Verpflichtungen im Berufsleben hielten viele Mitglieder davon ab, die Sitzungen regelmäßig zu besuchen oder Empfehlungen für ihre inhaltliche Gestaltung zu äußern. Die Verbindung der Sozietät zu der Masse ihrer Mitglieder wurde brüchig. Mitte 1998 brachte Rapoport deshalb das in der akademischen Tradition stehende Korrespondenzprinzip ins Gespräch, von dem man sich Abhilfe versprechen wollte. Danach sollten die Mitglieder durch einen Info-Brief über Entwicklungen und Absichten der Sozietät informiert werden und zu wichtigen Entscheidungen befragt werden. „Wir erhoffen uns“, so

Rapoport, „Anregungen zu Themen und Vortragenden der wissenschaftlichen Sitzungen und Kolloquien sowie Beiträge zu den Sitzungsberichten, einschließlich Kommentare und Rezensionen.“ (Rapoport 1998: 111)

Rapoports Vorschlag, der auf eine weitere Veröffentlichungsreihe hinausgelaufen wäre, fand im Vorstand Beachtung und wurde begrüßt und bis Mitte 1999 immer wieder ausführlich erörtert, aber zu keinem Abschluss gebracht, obwohl das zugrunde liegende Problem der Einbeziehung der Mitglieder und ihrer inneren Identifizierung mit der Sozietät fortbestand und sich mit weiter wachsender Mitgliederzahl und dem Näherrücken des 300jährigen Akademiegeburtstags noch verschärfte. Erst im Februar 2000 erschien – aus anderen Motiven heraus und zunächst unabhängig vom Vorstand - als weiteres Publikationsorgan der Sozietät das Mitteilungsblatt *Leibniz intern*, das den inneren Zusammenhang des inzwischen auf 250 Mitglieder angewachsenen Vereins befördern wollte.

Das Blatt erwies sich in der Folge auch als geeignet, einen über die Mitgliedschaft der Sozietät hinaus gehenden Kreis über Geschehen und Ambitionen der Leibniz-Sozietät zu informieren. Es knüpfte in Namen und Aufmachung an das Informationsorgan *akademie intern* an, das die Akademie auf dem Höhepunkt ihrer demokratischen Umgestaltung von Juli bis September 1990 herausgab.

Es soll an dieser Stelle am Rande auf eine weitere Publikation hingewiesen werden: auf das Mitgliederverzeichnis der Sozietät. Es stand stets im Schatten der anderen Publikationsorgane, erlangte aber als Informations- und Kommunikationsmittel und für das Selbstverständnis der Sozietät eine unschätzbare Bedeutung. Das erste öffentlich zugängliche Mitgliederverzeichnis ist das vom 6. Juli 1994, zu finden in Band 1 der Sitzungsberichte. Es verzeichnet 119 Mitglieder, enthält aber nur Angaben zu Ort und Fach, noch ohne Anschriften und Angaben zu Erreichbarkeit. Gegen eine Veröffentlichung von postalischer Anschrift und Telefonverbindung gab es anfangs Bedenken, die im Wesentlichen auf alten Sicherheitsvorstellungen und Wertmaßstäben beruhten. Seit dem Beschluss des Vorstands vom März 1996 erschien das Mitgliederverzeichnis als eigenständige Publikation jährlich, zunächst von der Redaktion der Sitzungsberichte, später von Klaus-Peter Steiger herausgegeben. Die Angaben des Mitgliederverzeichnisses waren auch die Datengrundlage bei den Überlegungen zur Einrichtung einer Homepage der Leibniz-Sozietät, die Steiger zu Beginn des Jahres 1998 erstmals im Vorstand vortrug und die die Ableitung von analytischen Angaben und zeitlichen Verläufen ermöglichte.

Die Umfeld-Bedingungen

In den bisherigen Ausführungen wurde schon mehrfach darauf verwiesen, dass die Ausgangssituation, was die äußeren Umstände anbetraf, für die Sozietät außerordentlich ungünstig war. Das traf nicht nur auf die Situation im politischen und wissenschaftspolitischen Umfeld und in der Science Community zu - eine Problemlage, die hier ausgelassen wird -, sondern in einem ganz anderen Maße auf die gesamten materiellen, organisatorischen und finanziellen Ressourcen. Hier begann die Sozietät, wie oben angedeutet, sozusagen mit einer totalen Mittellosigkeit. Der Aufbau einer Infrastruktur des Vereins war dementsprechend mühsam und geschah völlig auf privater Basis und mit privaten Mitteln. Die Anstrengungen lagen überdies - wie vorn bereits dargelegt - auf den Schultern von nur wenigen Mitgliedern, die private individuelle materielle und technische Kapazitäten für die Arbeit der Sozietät schufen, erhebliche persönliche Zeitvolumina für die Fortsetzung der Sozietätsarbeit einsetzten und dabei meist ihre eigenen wissenschaftlichen oder beruflichen Ambitionen zurückstellten. Es war ein glücklicher Umstand und eine unerlässliche Starthilfe, dass für den Beginn der Arbeit Reste der Logistik aus der abgewickelten Geschäftsstelle der Gelehrtensozietät, aus dem „Arbeitsstab Klinkmann“, noch verfügbar waren, etwa Mitgliederlisten mit den Anschriften, Unterlagen und Dokumente über Beschlüsse und Ereignisse der letzten beiden Jahre, in geringem Maße auch Bürotechnik, vor allem aber organisatorische Erfahrungen und Kenntnisse früherer Beziehungsgefüge. Als Büroräume dienten private Wohnungen, in erster Linie die des Schatzmeisters Wolfgang Eichhorn, aber auch weiterer Vorstandsmitglieder.

Mit steigender Mitgliederzahl wuchs der Organisations-, Informations- und Kommunikationsaufwand des Vorstands, der erforderlich war, um den Verein zusammenzuhalten. Die Gründungsphase und die Briefaktionen 1992/1993 zur Erkundung der Meinung aller Akademiemitglieder über die Weiterführung der Arbeit, die schon als organisatorisch belastend galten, waren Vorgänge, die einmalige, überschaubare Anstrengungen erfordert hatten. Aber sie waren überhaupt erst der Anfang der administrativen Dauerarbeit, die nun ständiger Begleiter des Vereinslebens wurde und die vom Vorstand zu tragen war.

Die organisatorische Verbindung mit den Mitgliedern erfolgte in erster Linie auf den Sitzungen, an denen aber längst nicht alle Mitglieder teilnahmen. Der bevorzugte Mitteilungsweg waren Briefverkehr und Telefon und zunehmend auch die aufkommenden neuen technischen Kommunikationsmittel wie Fax und, gegen Ende der Amtsperiode Rapoport, der sich danach stürmisch entwickelnde E-Mail-Verkehr. Am Rande sei bemerkt, dass sich diese neuen technischen Möglichkeiten nur zögernd durchsetzten. Viele Gelehrte standen dieser Veränderung in ihrer Arbeits- und Kommunikationsweise abwartend bis

ablehnend gegenüber, mit einer auch woanders anzutreffenden Art technikkonservativer Beharrlichkeit, die nur mühsam reduziert werden konnte. Erst allmählich wurde die Arbeit auf PC-Basis normales Kommunikationsverhalten.

Mit Vereinsgründung waren 49 Mitglieder in eine ständige organisatorische Bindung und Kommunikation zum Verein und seinem Vorstand einzubeziehen. Ihre Zahl erhöhte sich rasch und betrug bis zum Ende der Amtszeit von Rapoport fast 200. Zusammen mit den rund 40 Ständigen Gästen ergab sich allein aus diesem Anstieg eine Vervielfachung der administrativen Belastungen gegenüber der Anfangssituation. Besondere Ansprüche brachte weiterhin der Aufbau der Redaktion der Sitzungsberichte mit sich. Hier entstanden sowohl redaktionelle als auch verlegerische und kaufmännische Aufgaben bis hin zur Organisation von Vertrieb und Versand. Dazu kamen die schon genannten Pflichten, die sich aus dem neuen Leben der Gelehrtengemeinschaft als Verein ergaben.

Diese Entwicklung kollidierte mit den oben geschilderten eigentümlichen Denkschwierigkeiten der Gelehrten über ihre neue Situation. Sie hatten kaum Vorstellungen davon, wie und von wem die erforderlichen materiellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen und zu sichern waren, um die Zwecksetzung der neuen Organisation zu realisieren. Es schwebte ihnen eine Lösung vor, die der Sozietät eine hauptamtliche Geschäftsstelle und ausreichend Spenden und Sponsorengelder bescherte, sie sollte genügend Entfaltungsmöglichkeiten für ihre wissenschaftliche Arbeit bieten, aber die gewonnene Unabhängigkeit von staatlicher oder anderer äußerer Bevormundung durch Mittelzuteilung nicht aufs Spiel setzen.

Die Hauptschwierigkeit, vor die sich der Vorstand in allen Jahren gestellt sah, war nicht ein mögliches Nachlassen der wissenschaftlichen Substanz der Mitgliedschaft oder ein radikaler Einbruch bei der organisatorischen Absicherung der wissenschaftlichen Sitzungen, sondern der ständige Mangel an Finanzkraft. Dem Abklingen der wissenschaftlichen Substanz konnte durch Zuwahlen begegnet werden, den komplizierter und umfangreicher werdenden organisatorischen Erfordernissen des Vereinslebens bis zu bestimmten Grenzen durch höheren persönlichen Einsatz von noch mehr ehrenamtlich tätigen Aktivisten. Doch ohne genügend Mittel waren weder der erforderliche strukturelle Ausbau einer anwachsenden wissenschaftlichen Gemeinschaft noch die Publikation der Arbeitsergebnisse dauerhaft zu sichern.

Bei der Mittelbeschaffung begab sich der Vorstand auf ein fremdes, ihm unbekanntes Arbeitsfeld. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle seine Beratungen und durch die Berichte des Präsidenten an die Leibniz-Tage die Beschäftigung mit den immer zu knappen Finanzmitteln.

Für die Beschaffung von Mitteln aus anderen Quellen, wie sie im bundesdeutschen Wissenschaftsbereich üblich und erprobt waren, fehlten sowohl geeignete wissenschaftliche Angebote der Sozietät und Kenntnisse der Marktlage als auch eigene Erfahrungen und Sachwissen in Steuer- und Marketingfragen. Überdies stießen Aufforderungen nach persönlichem Einsatz bei der Sponsorsuche auf starke individuelle mentale Schranken. Der Präsident war genötigt, sich auf dem Leibniz-Tag 1994 deutlich dazu zu äußern: „Mein Appell geht insbesondere dahin, Sponsoren zu finden und dabei jede akademische Scheu beiseite zu lassen. Wir sind auf die Unterstützung von außen angewiesen und sollten jede sich bietende Gelegenheit nutzen, die Sympathie für unser Anliegen in konkrete finanzielle Beiträge umzumünzen. Die Fähigkeit, auch etwa aggressiv auf Unterstützung zu drängen, ist eine in den USA explizit durchaus übliche Sitte, die wir übernehmen sollten. Viele Religionsgemeinschaften stehen auf dem Stand-

punkt, dass Bettel für eine gute Sache eine gute Tat sei.“(Rapoport 1995a: 123-124)

Betteln in diesem Sinne war nicht Sache der Gelehrten, die akademische Zurückhaltung war stärker als die Existenznot. Deshalb blieb als Hauptweg, den die Sozietät zur Eindämmung der permanenten Finanznot beschreiten konnte, nur der Appell an die Spendenbereitschaft ihrer eigenen Mitglieder, jeweils flankiert von dringlichen Aufforderungen an die Mitgliedschaft, bei der Entrichtung der pflichtgemäßen Beiträge nicht säumig zu werden. Die Appelle waren direkt auf den Erhalt der Sitzungsberichte bezogen, die – wie oben gezeigt – den größten Teil des Budgets beanspruchten. Sie verhalten bei den Mitgliedern nicht ungehört, ihre Erträge halfen der Schriftenreihe in der Tat mehrmals über schwierige finanzielle Situationen hinweg. Doch war jederzeit klar, dass dieses appellative Vorgehen nur episodisch wirksam sein konnte.

Der Stiftungsgedanke

Schon im Verlauf des Jahres 1994, als die Anfangseuphorie des geglückten Weiterlebens der Sozietät im Abklingen war, wuchs im Vorstand die Sorge um die materiell-organisatorische Sicherstellung der weiteren Arbeit. Bei der Suche nach externen Spenden und Sponsoring-Erträgen kam der Vorstand nur zu unbefriedigenden Ergebnissen. Die Anläufe dazu waren spärlich und wurden ohne abgerundetes Konzept unternommen. So erwog der Vorstand im Oktober 1994, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Aufgabe haben sollte, zusätzliche Mittel zu beschaffen. Doch die Bildung der Gruppe verzögerte sich, sie kam erst zustande, nachdem der Finanzbericht des Schatzmeisters Mitte 1995 für die Monate April bis Juli festgestellt hatte: „Die Sozietät ist finanziell am Ende, wenn nicht sofort Sponsormittel eingebracht werden“²². Doch die dann endlich im Herbst 1995 gebildete Gruppe²³ war in ihrer Arbeit glücklos, sie blieb letztlich ohne vorzeigbare Ergebnisse.

Ein günstigeres Resultat versprach sich der Vorstand danach von der Gründung einer Stiftung. Eine Stiftung schien besser geeignet, der Finanzmisere dauerhaft abzuwehren. Sie sollte sowohl einen Kreis von Freunden der Leibniz-Sozietät vereinen als auch neue Spender gewinnen. Ende 1994 wurde verabredet, dem vom früheren Präsidenten Klinkmann angeregten Stiftungsgedanken weiter nachzugehen. Doch auch hier kam es nicht zu rascher Aktion, Gespräche und Vorbereitungen zogen sich fast ein Jahr hin. Im April 1995 erklärte sich Dr. Peter-

Michael Diestel, der letzte DDR-Innenminister und nunmehr wieder Rechtsanwalt, nach Gesprächen mit Engelberg und Rapoport bereit, den Vorsitz in der kommenden Stiftung zu übernehmen. Diestel sicherte der Sozietät weitgehende Unterstützung zu, besonders bei der Verfolgung der Rechtsposition der Gelehrtensozietät. Mitte des Jahres lag ein erster Satzungsentwurf vor, der von der Rechtsanwaltskanzlei Diestel/Hübscher/Göhring & Partner angefertigt wurde. Die Kanzlei war auch in der Folgezeit Partner der Sozietät in den auftretenden juristischen Fragen und beriet sie – vor allem durch ihren Kanzleichef Rechtsanwalt Prof. Joachim Göhring – bei der jeweiligen Aktualisierung des Statuts und bei der Erlangung der steuerlichen Gemeinnützigkeit. Flankiert wurde der Satzungstext der Stiftung von Informationsmaterialien, die den potenziellen Stiftern und Spendern über die Leibniz-Sozietät und die Stiftung Auskunft geben sollten.²⁴

Der Satzungsentwurf wurde im Vorstand ausgiebig diskutiert, im November 1995 beschlossen und in einer Entwurfsfassung in Band 7 (1995) der Sitzungsberichte veröffentlicht. Stiftungszweck war, die wissenschaftlichen Aktivitäten der Leibniz-Sozietät zu fördern. Dies sollte sowohl durch Mittelzuwendung als auch durch die Herstellung und Pflege der notwendigen Verbindungen zwischen Wissenschaft und Allgemeinheit geschehen. Vorgesehen war, einen Fördererkreis auf Mitgliedsbasis zu bilden, dessen Mitglieder Beiträge zu entrichten hatten und Spenden einbringen sollten. Der Fördererkreis hatte ein Kuratorium zu wählen, das aus sich heraus den Vorsitzenden bestimmte, und er hatte gleichfalls einen Geschäftsführer zu

²² Finanzbericht für das Vierteljahr seit dem 20.04.5 (datiert vom 25.7.1995)

²³ Mit Beschluss des Vorstands vom 14.09.1995. Ihr sollten angehören: Samuel Mitja Rapoport, Ludger Wöste, Klaus Jacobs und Wolfgang Eichhorn.

²⁴ Angefertigt vom Redaktionskollegium. Wenn man von den Reden des Präsidenten zum Leibniz-Tag absieht, waren dies überhaupt die ersten Außerdarstellungen der Sozietät

bestellen. Beide Personalien – Vorsitzender wie Geschäftsführer - bereiteten Schwierigkeiten, da ihre Besetzung zunächst nicht gesichert werden konnte. Auch die Vorschläge für die Besetzung des Kuratoriums blieben lange offen.

Im Frühjahr 1996 waren die formalen Vorbereitungen indes so weit gediehen, dass einer Gründung – von den Personalfragen abgesehen - nichts mehr im Wege stand. So wurde die Gründungsversammlung für den 23. Mai 1996 einberufen. Gründungsmitglieder waren Samuel Mitja Rapoport, Wilfried Hübscher, Joachim Göhring, Wilhelm Finck, Martin Hundt, Wolfgang Küttler, Wolfgang Böhme, Karl-Heinz Bernhardt, Wolfgang Eichhorn, Johannes Irmischer, Herbert Wöltge und Horst Klinkmann. Die zwölf Anwesenden stimmten der vorgelegten Stiftungssatzung zu und konstituierten sich als Interims-Kuratorium. Die Verantwortung für die Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Stiftung wurde bis zur Einführung eines Geschäftsführers dem Leiter des Redaktionskollegiums übertragen, anfallende Sekretariatsaufgaben wollte die Rechtsanwaltskanzlei übernehmen.

Als erste größere Maßnahme wandte sich das vorläufige Kuratorium im August 1996 in einem von Präsident Rapoport unterzeichneten Schreiben an die Mitglieder und Gäste der Leibniz-Sozietät. Er forderte sie auf, ihren Mitgliedsbeitrag zu erhöhen, der Stiftung als Förderer beizutreten und weitere Förderer zu gewinnen. Daneben trat das Kuratorium an für stiftungswillig angesehene Personen und Institutionen außerhalb der Sozietät heran.

Der Appell blieb nicht ohne Wirkung und wurde von vielen Mitgliedern unterstützt. In der Folgezeit erwies sich die Errichtung der Stiftung als tragfähiges Element bei der Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten für die Leibniz-Sozietät. Bis Jahresende erhielt die Stiftung Zuwendungen und Spenden von 28 Personen. Dem Fördererkreis beigetreten waren weitere 18 Personen. Der Finanzbericht der Stiftung für 1996 verzeichnete rund 15.000 DM Einkünfte, die fast völlig für die Finanzierung von Sitzungsberichten verwendet wurden und deren Erscheinen in den Jahren 1997 und 1998 ermöglichten.

Die vagabundierende Sozietät

Die Sozietät war in allen Jahren ihrer Existenz zwar nicht obdachlos, aber ohne eigenen festen Standort, genau genommen eine vagabundierende Einrichtung ohne Heimat. Sie lebte von der Bereitwilligkeit anderer Institutionen, ihr Räume zur Verfügung zu stellen, die ohne oder gegen geringes Entgelt genutzt werden konnten. Der Versuch, in den früheren Räumen der Gelehrtenengesellschaft am Gendarmenmarkt in Berlin-Mitte unterzukommen, scheiterte, eine im Herbst 1993 gestellte Anfrage wurde von der nun in den Räumen tätigen Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften generell

Letztendlich nahmen auch die Personalfragen eine günstige Entwicklung. Für die Aufgaben des Geschäftsführers auf ehrenamtlicher Basis stellte sich Heinz Kautzleben zur Verfügung, der seine Tätigkeit mit Beginn des Jahres 1997 aufnahm. Die Jahresversammlung des Fördererkreises wählte im Juni ein satzungskonformes Kuratorium, das aus seiner Mitte im September 1997 Horst Klinkmann zum Vorsitzenden und Joachim Göhring zu seinem Stellvertreter wählten. Die Nominierung von Peter-Michael Diestel als Vorsitzender hatte sich bereits im Vorfeld der Jahresversammlung zerschlagen. Die Versammlung wählte am 19. Juni 1997 als Kuratoriumsmitglieder Rita Schober, Berlin, Christian Bauer, Zürich, Joachim Göhring, Berlin, Horst Klinkmann, Rostock, Lee Lorch, North York (Kanada), Samuel Mitja Rapoport, Berlin. Sprecher der Gründungsmitglieder wurde Herbert Wöltge

Nach einer vielversprechenden Anfangsphase stagnierte die Entwicklung jedoch. Die Einnahmen für die Jahre 1997 und 1998 blieben nicht nur hinter den Erwartungen zurück, sondern schrumpften bedenklich. Es war abzusehen, dass die Spendenfreude der Mitglieder nicht auf Dauer anhalten würde und sich der Ertrag auf einem niedrigeren Niveau einpendeln würde.

Doch war das Ergebnis der Tätigkeit der Stiftung in dem hier betrachteten Zeitabschnitt, der Amtszeit von Präsident Rapoport bis Ende 1998, alles andere als belanglos. Die Gefahr, die Herausgabe der Sitzungsberichte einstellen zu müssen, war dank der Stützung mit rund 25.000 DM über drei Jahre abgewendet, die Sozietät konnte ihre Arbeitsergebnisse weiterhin dokumentieren und in einer für die Öffentlichkeit zugänglichen Form präsentieren. Der Fördererkreis hatte 37 Mitglieder und weitere Spender, die dem Kreis nicht beigetreten waren. Die Stiftung stand kurz vor der Anerkennung ihrer Gemeinnützigkeit, die den Spendern die üblichen steuerlichen Vorteile einräumte.

abgelehnt, aus deutlich politischen Gründen, wie aus dem Antwortschreiben des damaligen BBAW-Generalsekretärs Salvini-Plawen hervorging: Es müsse „bei einer klar erkennbaren Trennung zwischen der BBAW und der Leibniz-Sozietät gegenüber der Öffentlichkeit bleiben“.²⁵

Ein ständiges Problem waren nicht in erster Linie die Büroräume, die als Sitz der Sozietät hätten gelten können,

²⁵ Schreiben vom 22.12.1993.

sondern die Tagungsräume für die wissenschaftlichen Sitzungen von Plenum und Klassen. Hier hat die Sozietät bis heute keine stabile Situation. Erste Hilfe leistete damals der Club Spittelkolonnaden, die Umstände wurden bereits geschildert. In den Clubräumen fanden die ersten Veranstaltungen von Herbst 1992 bis zum Sommer 1993 statt. Als der Platz knapp wurde, ergab sich die Möglichkeit, in der Berliner Stadtbibliothek, im Ribbeck-Haus in der Breiten Straße in Berlin-Mitte, zu tagen, erstmals zum Leibniz-Tag 1993, regelmäßig dann ab der Oktober-Sitzung 1993. Die Arbeitsgruppe (Klasse) Sozial- und Geisteswissenschaften verblieb noch eine Zeitlang im Spittelclub. Als die Stadtbibliothek 1996 begann, höhere Mieten zu fordern, suchte die Sozietät andere Tagungsorte. Eine längere Aufnahme fand man schließlich ab Januar 1997 in der Deutschen Staatsbibliothek Unter den Linden, vermittelt durch das Fördernde Mitglied Friedhilde Krause, die vor 1989 Generaldirektorin der Staatsbibliothek war.

Mit dem Haus Unter den Linden 8, wenngleich nicht mit den nun genutzten Räumen, betrat die Sozietät historisches Stammland. Das Gebäude sollte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ursprünglich für die damalige Preußische Akademie und die Königliche Bibliothek gebaut werden. Es wurde nach einer sich von 1890 bis 1914 sich hinziehenden Planung und Bauausführung im März 1914 von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht, nun jedoch, wegen stärkerer kaiserlicher Gunstzuweisung an die Königliche Bibliothek, nur noch mit einem Flügel des Hauses für die Akademie. Hier allerdings war dann ihr Sitz über die Jahrzehnte bis zu ihrem Umzug in das Gebäude am Gendarmenmarkt 1949.

Die Sozietät konnte die Räume in der Staatsbibliothek bis Mai 2004 für ihre Veranstaltungen nutzen. Als Baumaßnahmen und eine Generalrenovierung der Räume in der Staatsbibliothek anstanden und weitere Sitzungen nicht mehr möglich waren, erhielt sie auf Fürsprache von Friedhilde Krause Hilfe vom Institut für Bibliothekswissenschaften der Humboldt-Universität in der Dorotheenstraße Berlin-Mitte, in dem mehrmals getagt wurde. Die Suche nach neuen Tagungsorten führte die Sozietät schließlich in das Neue Stadthaus, den Sitz der Stadtbezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte (auf Hinweis des Mitglieds Gert Blumenthal). Hier tagte sie von 2004 bis 2011.

Die festlichen Veranstaltungen der Leibniz-Tage folgten gewöhnlich diesen Tagungsorten. Sie fanden 1993 bis 1996 in der Berliner Stadtbibliothek und 1997 und 1998 in der Deutschen Staatsbibliothek statt. Die geselligen Zusammenkünfte der Mitglieder, die traditionell zur Festveranstaltung gehörten und ab 1994 wieder abgehaltenen wurden, hatten ebenfalls wechselnde Schauplätze: 1994 die einige Jahre später abgerissene Gaststätte Ahornblatt in der Nähe der Stadtbibliothek, 1995 und 1996 die Gast

stätte Kaffeehaus Ungarn in der Liebknecht-Straße, 1997 und 1998 die Professorenmensa der Universität.

Noch prekärer war die Raumsituation für die Vorstandssitzungen und die Sitzungen des Redaktionskollegiums, dem über Jahre hinweg aktivsten und produktivsten Gremium der Sozietät. Wie zuvor die Initiativegruppe tagte man zunächst in Privatwohnungen, vor allem beim Schatzmeister Wolfgang Eichhorn, danach noch einige Male im Club Spittelkolonnaden und folgte dann einem Vorschlag, im Einverständnis mit dem Hausherrn, im Kaffeehaus Ungarn zu tagen, das damals noch Teil des Ungarischen Kulturzentrums in der Karl-Liebknecht-Straße in Berlin-Mitte war. Zwar waren damit die Sitzungen quasi in einem öffentlichen Umfeld, sozusagen *coram publico*, doch wurden sie zu einer Tageszeit abgehalten, an denen nur wenige Gäste anwesend waren. Schwierig wurde die Lage für Vorstand und Gaststätte, als die Zahl der Vorstandsmitglieder zunahm und das Sitzungsgeschehen den öffentlichen Betrieb der Gaststätte zu stören begann. So wick man zeitweilig auf einen separaten Nebenraum aus, der vom Kulturzentrum angemietet werden konnte. Das Kaffeehaus bot dem Vorstand und auch dem Redaktionskollegium von 1993 bis 1998 Sitzungsunterkunft, bis das Kulturzentrum seinen Betrieb einstellte. Der Vorstand zog mit seinen Sitzungen als spontane Zwischenlösung in die nächstgelegene Gaststätte, in das Hotel Plaza in der Rosenstraße. Hier tagte er mehrfach als ein Kreis normaler Restaurantbesucher im Wintergarten des Restaurants, zum heimlichen Unwillen des Unternehmers, da die Verzehrausgaben der Gelehrten unter den gastronomischen Erwartungen blieben. Erst im Jahre 2000 gelang es, für einige Jahre zufrieden stellende Räume für die Sitzungen zu finden.

Ähnlich risikoreich war die Absicherung der logistischen und Verwaltungsaufgaben, die erforderlich waren, um den Kontakt zu den Mitgliedern zu behalten und die Verbindungen zu den Behörden von Amts wegen zu sichern. Da kein Büro existierte, lief die postalische Kommunikation über die Adresse des Schatzmeisters und ein Ende 1993 von ihm eingerichtetes Postfach der Sozietät. Auch die telefonische Anlaufadresse waren private Anschlüsse des Schatzmeisters und anderer Vorstandsmitglieder. Der Briefversand wurde anfangs in Heimarbeit von wenigen Mitgliedern und deren Angehörigen erledigt, ehe es 1995 gelang, mit dem Becker-Verlag in Velten, der zu dieser Zeit die Sitzungsberichte verlegte, einen Versand von Briefpost zu vereinbaren. Mit Verlagswechsel 1997 übernahm der TRAFÖ-Verlag einen Teil dieser Aufgaben. Im Mai 1998 fand man einen kleinen Büroservice-Betrieb, eine der vielen zeitgenössischen Garagenfirmen, der Versand- und Kopieraufgaben übernahm und der später auch die ersten Ausgaben von Leibniz intern in Kopierverfahren herstellte und versandte. Die Firma stellte nach drei Jahren ihre Tätigkeit ein.

Leibniz-Sozietät am Scheideweg

So lautete die Zwischenüberschrift zum abschließenden Teil des Berichts des Präsidenten auf der Festveranstaltung zum Leibniz-Tag im Jahre 1995. Man sei durch die Neuaufnahme von Mitgliedern und Gästen über den ursprünglichen Rahmen der AdW hinaus gewachsen und könne so durch Wachstum ein biologisches Schicksal abwenden, das einer überwiegend aus emeritierten Wissenschaftlern konstituierten Mitgliedschaft drohe. Dieses Wachstum stoße aber auf die Grenzen einer rein ehrenamtlichen Organisation, zumal die Herstellung und Verbreitung der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät eine weitere große Herausforderung darstelle. Eine für die Zukunft schicksalhafte Frage sei, befand Rapoport, wie es nun weitergehen sollte. Die Hauptfrage sei, „wie die Sozietät eine selbsttragende Weiterentwicklung finden könne. Dies ist nur möglich, wenn sie sich im Rahmen der Wissenschaftslandschaft einen unikal und funktionell unentbehrlichen Platz verschafft“. (Rapoport 1995b: 99.)

Zwei Jahre zuvor, auf dem ersten Leibniz-Tag nach der Vereinsgründung, am 1. Juli 1993, knapp drei Monate nach der Gründungsveranstaltung, war Rapoport in dieser Frage noch zurückhaltend. Er berichte nun „über ein neues Gebilde, das noch im Werden und Formen begriffen ist, wobei vieles noch im Fluß ist“. Wichtig war ihm hier nicht die Frage nach dem Status der Sozietät, sondern die nach dem neuen Aufbruch, den er in dem Zuwachs von bis dahin 80 Mitgliedern und in einem anspruchsvollen Vortragsprogramm als geglückt sah. (Rapoport 1994: 119) Was die Sozietät war, stand jedem anschaulich vor Augen: Die Gemeinschaft der Akademiemitglieder war – wieder Rapoport, bereits weiter vorn zitiert – zurückgekehrt zu den Ursprüngen der Akademie als Zusammenkunft von unabhängigen, vielseitig interessierten Persönlichkeiten, frei von Patronaten und ohne verkrustete Strukturen.

Die Nahziele waren in der Tat erreicht. Es überwog die Erleichterung, einen nicht unbeträchtlichen Teil der im Beitrittsverlauf entwurzelten Akademiemitglieder in einer Art Auffanggesellschaft zusammengeführt, ihnen eine „wissenschaftliche Heimat“²⁶ geboten zu haben. Für sie war die Möglichkeit geschaffen, ihre Arbeitsergebnisse in einem vertrauten Kreis von Fachkollegen vorzutragen und die wissenschaftliche Kommunikation in regelmäßigen Treffen fortzuführen. Der Verein gab ihnen zudem das Gefühl von sozialer Geborgenheit inmitten einer als fremd und bedrohlich empfundenen Umwelt, zu der sie nur noch wenig Zugang hatten.

Das konnte auf Dauer als Selbstbild und Selbstbestimmung nicht ausreichen. Schon nach einem Jahr hatte sich die Euphorie eines geglückten Anfangs gelegt. Zwar konnte Rapoport auf dem Leibniz-Tag 1994 als positives Resümé des abgelaufenen Jahres mitteilen, dass sich die Sozietät innerlich und äußerlich weiter konsolidiert habe und eine anspruchsvolle wissenschaftliche Tätigkeit vorweisen könne, aber die Normalität des Vereinsalltags, die Erhaltungsfragen eines ungewohnten Organisationsgebildes war in die Vorstellungswelt von einer nunmehr freien und unabhängigen Gelehrtengemeinschaft bereits eingedrungen und hatte zu ersten Überlegungen gezwungen, wohin es gehen sollte und mit welchen Mitteln welche Ziele erreicht werden sollten.

Die Äußerungen Rapoport wurden zum Ausgangspunkt einer ausgedehnten und anhaltenden Debatte über die Zukunftsgestaltung der Sozietät. Der Anstoß kam von außen. In einem Pressebericht über Rapoport's Rede und den Leibniz-Tag 1994 konstatierte der Wissenschaftsjournalist Gert Lange, nunmehr, nach Konsolidierung der Sozietät, gebe es zwei Akademien in Berlin, und die Stadt böte Platz für beide²⁷. Diesen Gedanken griff ein internes Papier auf, das kurz danach im Vorstand zirkulierte. Die Zeit sei vorbei, hieß es darin, die eigene Legitimation allein aus der Fortführung eines durch die Wende jäh unterbrochenen wissenschaftlichen Kommunikationsbedürfnisses herzuleiten, was nur eine lineare Fortsetzung der Vergangenheit, ein auslaufendes Modell ohne Veränderung sei. Neben der unbedingt notwendigen Stärkung der Organisationsvoraussetzungen (Schaffung eines ehrenamtlich arbeitenden Büros) komme es jetzt darauf an, eine existenzielle Vision, eine Zielvorstellung, ein Zukunftsbild zu erarbeiten und eine für deren Realisierung durchdachte Strategie. Das sollte von einer vom Vorstand zu berufenden Gruppe von Mitgliedern geleistet werden, die Ziele und Bedingungen näher zu formulieren hätte.

Der Vorstand griff auf seiner Sitzung im Oktober 1994 diese Gedanken auf und beschloss, über die neue Qualität der Arbeit nachzudenken und dazu einen Meinungsaustausch zu führen. Im Dezember lagen Bemerkungen zu diesem Thema von Klix, Lanus, Engelberg, Irmscher, Bernhardt, Herrmann und Eichhorn vor. Sie bezogen sich hauptsächlich auf die Erweiterung bisher üblicher Organisationsformen der Arbeit von Plenum und Klassen, auf zu behandelnde gesellschaftlich relevante Themen, auf Fragen der Zuwahl neuer Mitglieder und auf die inzwischen angelaufene Publikationstätigkeit der Sozietät.

²⁶ Hörz 2005: 61

²⁷ Gert Lange: „Künftig zwei Akademien?“, in: Frankfurter Rundschau vom 14. Juli 1994

Fragen der „Machbarkeit“ neuer Ideen, ihrer Umsetzung und materiell-organisatorischen Absicherung blieben ausgespart. Für die finanziell-organisatorischen Erfordernisse zeigte der Vorstand wenig Verständnis.

Im Dezember 1994 gab der Vorstand seine Zustimmung zur Bildung der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe, die Wege vom Auslaufmodell zu einer zukunftsfähigen Leibniz-Sozietät zeigen sollte. Unter Federführung von Hubert Laitko gehörten der „Gruppe Zukunft“ Reinhard Mocek, Wolfgang Eichhorn, Karl-Heinz Bernhardt, Wolfgang Küttler und Herbert Wöltge an. Hinzugezogen wurde der Autor des oben angeführten Pressebeitrages, Gert Lange. Die Gruppe tagte im Frühjahr 1995 mehrmals. Sie entwickelte in einem ersten Teil ihrer Ausarbeitung Vorstellungen zu einem unikalen wissenschaftlichen Profil der Sozietät, das eine realistische Alternative zur Gefahr eines Auslaufmodells zeigen sollte. Eckpunkte, die das Feld der zukünftigen Entwicklung umschreiben, sah die Gruppe in den Merkmalen: 1. Interdisziplinarität, 2. Staatsferne, 3. gesellschaftliche Verantwortlichkeit, 4. geistige Pluralität, 5. Internationalität und regionale Ausstrahlung.

Der zweite Teil des Papiers formulierte die Richtung der praktischen Maßnahmen, die für erforderlich gehalten wurden, um dieses Profil der Sozietät weiter auszuprägen. Dazu wurden die finanzielle Sanierung, die Verbesserung der technisch-organisatorischen Arbeitsgrundlagen, die weitere Öffnung der Arbeitsformen, eine von bestimmten Präferenzen geleitete Entwicklung des Mitgliederbestandes und der Ausbau der internationalen Beziehungen gezählt. An der Spitze dieser Probleme stand die Erweiterung der finanziellen Basis, für die bisher nicht genutzte Wege vorgeschlagen wurden – etwa Sponsoring, Beschaffung von Fördermitteln, Nutzung von EU-Mitteln. Vorgeschlagen wurde weiterhin die Einrichtung eines ABM-Programms, das sowohl Sachmittel als auch die Berufung eines Geschäftsführers bereitstellen sollte.

Diese Ausarbeitung fand erwartungsgemäß in seinem ersten Teil die Zustimmung des Vorstands, der die Nutzung dieser Gedanken für die Leibniz-Tag-Rede des Präsidenten empfahl. Bei Teil 2 folgte der Vorstand dem Vorschlag von Lanius, die entsprechenden Punkte zu den finanziell-organisatorischen Konsequenzen wiederum auszuklammern, sie als verfrüht und nicht machbar zurückzustellen und die ABM-Idee gänzlich abzulehnen. Somit war die Absicherung der selbsttragenden Weiterentwicklung zwar akzeptiert, ihre Realisierung aber verschoben. Lediglich der Gedanke der Errichtung einer Stiftung wurde weiter verfolgt. Wohl mit gewisser Berechtigung stellte die Gruppe in ihrem Papier fest, „... ist der Vorstand in seiner

derzeitigen Zusammensetzung mit diesem Fragenkreis bei weitem überfordert“.

Der Präsident übernahm für seine Rede zum Leibniz-Tag 1996 die oben genannten profilbestimmenden Merkmale, die seitdem das Feld der zukünftigen Entwicklung der Sozietät als Leitidee bestimmten. Erst 1997/98 gab es eine erneute Beschäftigung mit dem Thema, die über die in den Berichten auf den Leibniz-Tagen 1995/96 aufgeworfene Problematik hinausging. Angestoßen wurde sie vor allem von Anforderungen, die vom Kuratorium der Stiftung ausgingen, deren mögliche Spender Auskunft erhalten wollten über den Charakter der Institution, für die sie zu spenden gedachten. So entstand eine – inzwischen längst vergessene – Kurzbeschreibung, die Außenstehenden zeigen sollte, was die Leibniz-Sozietät war und wofür sie stand.

Der Gedanke, zum 5. Jahrestag der der Gründung der Leibniz-Sozietät eine Bilanz und Standortbestimmung vorzunehmen, zu der sich der Vorstand nur zögernd entschließen konnte, führte zu einer Erklärung, ausgearbeitet von der Redaktionskommission auf der Grundlage von Entwürfen von Bernhardt und Herrmann. Sie wurde im April 1998 vom Vorstand verabschiedet. In ihr wird auf die Entstehungsbedingungen und die seitdem erfolgte wissenschaftliche Arbeit hingewiesen und vermerkt, dass die Sozietät als unabhängige und freie Wissenschaftlervereinigung trotz ungünstiger materieller und finanzieller Voraussetzungen und abseits jeglicher Förderung aus öffentlichen Mitteln existiert. „Ihre Existenz nach fünf Jahren“, heißt es in dem Dokument, „beweist die wissenschaftliche Kompetenz ihrer Mitglieder und ihren Willen, ihre Tätigkeit auch unter den schwierigen Bedingungen in dieser Gesellschaft fortzusetzen“.

Die Erklärung, in den Sitzungsberichten 19 (1997), S. 202 abgedruckt, war die erste offizielle Selbstdarstellung der Leibniz-Sozietät. Das Thema verschwand in der Folgezeit nicht mehr von der Tagesordnung des Vorstands, der sich nun auch im Vorfeld des 300jährigen Jubiläums der Leibnizschen Akademiegründung wusste. In Vorbereitung des Berichts des Präsidenten an den Leibniz-Tag 1998 entwickelte der Vorstand erneut Gedanken zu weiteren Schritten der Sozietät. Seine Mitglieder Bernhardt, Kolditz, Irmischer, Kautzleben und Neuner formulierten Positionsbestimmungen und Anregungen für die weitere Arbeit der Sozietät. Es war der letzte große Gedankenaustausch in der Amtszeit von Rapoport zu Grundsatzfragen. An ihr beteiligte sich erstmals auch Rapoport's designierter Nachfolger Herbert Hörz, der dann im Oktober 1998 vom Plenum zum Präsidenten gewählt wurde.

Literaturangaben

Hörz 2000: Hörz Herbert.: 300 Jahre Leibnizsche Gelehrtensozietät in Berlin. Bericht des Präsidenten zum Leibniz-Tag 2000. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 37(2000), 129 - 142

Hörz 2005: Hörz, Herbert: Erlebte und gestaltete Akademiereform – die Leibniz-Sozietät in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts: In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 81(2005), 59 - 84

Jahrbuch 1989: Akademie der Wissenschaften der DDR. Jahrbuch 1989 Akademie-Verlag Berlin 1990

Jahrbuch 1994: Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW). Akademie Verlag Berlin 1994

Klinkmann/Wöltge 1999: Klinkmann, Horst/Herbert Wöltge (Hrsg.): 1992 - Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. Berlin 1999. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät Band 2

Laitko 2005: Laitko, Hubert: Die Akademie im gesellschaftlichen Wandel. Historische Zäsuren als Prüfsteine akademischer Identität. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 81(2005), 19 - 57

Rapport 1994: Rapoport, Samuel Mitja: Rede zum Leibniz-Tag am 1. Juli 1993. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 1(1994)1/2, 119-124

Rapport 1995a: Rapoport, Samuel Mitja: Rede zum Leibniz-Tag am 30. Juni 1994. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 2(1995)1/2, 119-124

Rapport 1995b: Rapoport, Samuel Mitja: Rede zum Leibniz-Tag am 6. Juli 1995. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 6(1995)6, 91-101

Rapport 1998: Rapoport, Samuel Mitja: Rede zum Leibniz-Tag am 2. Juli 1998. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 23(1998)4, 111-119

Steiger 2000: Steiger, Klaus-Peter: Personelle Zusammensetzung, wissenschaftliches Wirken, Ziele und Identität der Leibniz-Sozietät. Nicht veröffentlichtes Manuskript vom 3.9.2000 (Arbeitsmaterial für den Vorstand der Leibniz-Sozietät)

Walther 2005: Walther, Peter Th.: Kleine Fehlerdiskussion. Eine moderat-polemische und essayistische Skizze mit Fakten, Interpretationen und Anregungen zu einer künftigen Studie zur Entwicklung der Akademien der Wissenschaften in Berlin 1989-1993. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 81(2005) 115-134

Wöltge 1995: Wöltge, Herbert: Die unausrottbare societatas. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 8(1995)8/9, S. 149 ff.

Wöltge/Steiger 2003: Zehn Jahre Leibniz-Sozietät: Die Geburt des Vereins. Zusammenstellung und Statistik Klaus Steiger, Herbert Wöltge In: Leibniz intern. Mitteilungen der Leibniz-Sozietät Nr. 17 vom 5. April 2003, S. 17-18

Impressum:

leibniz intern – Mitteilungen der Leibniz-Sozietät der
Wissenschaften zu Berlin

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Herbert Wöltge

Tel.: 030 65 623 49 /

erscheint 4mal jährlich

E-Mail: mitteilungen@leibniz-sozietat.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15. Dezember 2011

Bankverbindung der Leibniz-Sozietät: Kto-Nr. 4964229800

Commerzbank BLZ 120 800 00

Bankverbindung der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät:

Kto-Nr. 3756939008 Berliner Volksbank BLZ 100 900 00